Kozialdemokratischer Pressedienst

Brid Alfringhaus, Berlin



1 000 Zeilen Hitler

von Gerhart Seger, Dessau.

lite irla Litauc SH6, Seschledania Ameterdam

SPD. Der "Völkische Beobachter" vom 21. Februar 1931 ist (im negativen' Sinne) ein kulturgeschichtliches Dokument. In dieser Nummer seines Zentral'organs schildert Hitler in einem unendlichen Bandwurm von Artikel, mit der ganzen hohlen Selbstgefälligkeit des politischen Scharlatans, wie sich seine Partei von einem Grundstück zum anderen emporentwickelt habe. Schon der Anfang des Aufsatzes ist geradezu klassisch; er lautet wörtlich :

"Als ich im Jahre 1919 zu den paar Männern stiess, die unter dem Namen Deutsche Arbeiterpartei ihre kleinen Tagungen abhielten, gab es weder eine Geschäftsstelle, noch einen Angestellten. Kein Papier mit einem Kopfauf-

druck war vorhanden, ja sogar Stempel fehlten."
Wenige Zeilen später schildert Hitler dann, wie im Jahre 1919 sein erster Kempf in der Partei eingesetzt habe: "Ich drückte es nach langen Verhandlungen durch, dass drei Stempel angeschafft wurden." Später kam dann durch Hitlers rängen auch der erste Parteiangestellte dazu, und schon dieser Beginn der childerung zeigt, wes Geistes Kind Hitler ist: am Anfang seiner Bewegung eht der "Bonze" mit dem Stempel!

Der erste "Bonze" fand dann eine weibliche Ergänzung. Obwohl die Nationalzialisten die im öffentlichen Leben stehenden Frauen verachten und sie wier zur Magd degradieren möchten, so hat Hitler doch herausgefunden: "Die Erfahrungen haben uns endlich gelehrt, dass für gewisse Arbeiten Mädchen und Frauen überhaupt vorzuziehen sind." Nachdem so segensreiche weibliche Hände in die ersten chaotischen Mitgliedschaften einige Ordnung gebracht hatten, war die nächste Etappe der Einzug in einen ehemaligen Damenabort und anderse

interessante Räumlichkeiten. Hitler schreibt :

"Und dennoch war alles unendlich primitiv. Im S.A.-Zimmer der einstigen Küche der Wirtschaft hausten der Oberste SA-Kommandeur Hauptmann Göring, der Führer des Regiments München, Oberleutnant Brückner, dann eine Anzahl von Angestellten (die "Bonzen" hatten sich vermehrt! G.S.) und endlich sogar noch die Buchhaltung. Der Aktenschrank der SA war der frühere Eiskasten. Der Schreibtisch des obersten SA-Kommandeurs bestand aus einigen Brettern, die über dem Ausguss lagen. Wenn also ein Unvorsichtiger den Hahn nicht, ganz zudrehte, dann pflegte es auf die Akten des SA-Führers langsam, aber dauernd herunterzutröpfeln. Der frühere Damenabort der Wirtschaft war zum Magazin der Zeugmeisterei geworden, und im Hochsommer des Jahres 1923 war wieder alles zu klein."

Anscheinend waren im Jahre 1923 in der tröpfelnden Geschäftsstelle nicht die Akten des SA-Führers, sondern auch die Gehirne des Parteivorstandes aufgeweicht, denn die Hitlerpartei liess sich zu dem verunglückten November-Pitsch verleiten, der mit der Verurteilung Hitlers und der Beschlagnahme der

flüchten Verwaltungsgegenstände endete.

. Nach seiner Rückkehr von der Festung Landsberg fing Hitler mit einer-Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, wieder an. (zunächst, wie er selbst sagte, mit gepumptem Gelde) aufs neue die Grundlagen für die Wiederanstellung von "Bonzen" und den Erwerb neuer Stempel zu schaffen Bei der Schilderung dieser Bemühungen trägt Hitler auf eine lächerliche und grosspurige Weise Erfahrungen vor, die die Arbeiterbewegung vor vielen Jahrzehnten bereits gemacht hat, die aber natürlich für Hitler bei seiner Unkenntnis dessen, was er bekämpft, funkelnagelneue Entdeckungen waren. Hitler verkün det die überraschende Erkenntnis: "Jede Fabrik und jedes Unternehmen braucht einen Arbeitsplatz, eine Arbeitsstätte." Diese Arbeitsstätte soll so gross und so achtunggebietend eingerichtet sein, dass ihr Aussehen als repräsentative Propaganda für die betreffende Bewegung dienen kann. Entsprechend der inflatio nistisch aufgeblähten nationalsozialistischen Bewegung hat Hitler nach dem Wahl erfolg vom 14. September 1930, der ihm natürlich zu Kopfe gestiegen ist, nun ei Hausderworben, dessen Kaufpreis er schamhaft verschweigt, den wir aber nehnen können: das "Haus Barlow" kostet 700 000 Mark, und die innere Ausschmückung (vorwiegend mit Hakenkreuzen jeder Grösse und Farbe) und der Ausbau zur "Bon-zen"-Zengrale kostet 500 000 Mark. Da Hitler wohl selbst annimmt, dass in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit und angesichts der wiederholten Löhnungsrevolten seiner Landsknechte eine derartige Verschwendung in seiner Parte. auf einigen Widerspruch stossen wird, verbraucht er einen erheblichen Teil seiner 1000 Zeilen auf den Nachweis, dass "der Partei ein eigenes Haus" gegeben werden musste, "das der Grösse der Bewegung auch in seiner Würde entsprach". Für die Finanzierung hat er, von den nichterwähnten Geldgebern der Grossindustrie abgesehen, zwei Quellen genannt; einmal die Pflichtbeiträge der Parteigenossen, die für den reinen Zweckbau und die reine Zweckeinrichtung erhoben wurden, und die freiwilligen Spenden und Versammlungsüberschüsse, durch die die künstlerische Ausstattung und Einrichtung gedeckt werden soll.

Bei diesem Teile des Hitler'schen Parvenüberichts passiert dem Verfasser das Unglück einer sehr vergnüglichen und von unserem Standpunkt aus durchaus richtigen Selbsteinschätzung. Hitler schreibt, dass er nicht einsehe, weshalb "unzählige Versammlungsbesucher aus den besser situierten Kreisen unseres Volkes, die für Kino und Theater, für Bälle und Konzerte, zum Teil sehr beträchtliche Eintrittspreise bezahlen, nicht auch für einen nationalsozialistischen Versammlungsbesuch das entsprechende Opfer bringen sollen". Wir sind durchaus damit einverstanden, wenn Herr Hitler seine Veranstaltungen als eine Art von Variété betrachtet, und es wird dann Sache der Besucher sein, ob sie für das bei Hitler allerdings sehr eintönige Programm den von ihm geforderten Eintritts preis zahlen sollen. Immerhin betont Hitler, dass er tut, was er kann: "Wênn ich persönlich das Opfer bringen kann, in jeder solchen Versammlung bis zur eigenen Erschöpfung zu sprechen, dann können diejenigen, die bisher überhaupt noch kein Opfer für die Bewegung brachten, jedesmal wenigstens 5 Mark bezahlen". Herr Hitler schätzt also nach diesen Worten seine Versammlungstätigkeit vor allem als körperliche Leistung ein, deren Betrachtung durch vergnügungssuchfiges Publikum ihm mit Zehntausenden von Mark pro Abend nicht zu hoch bezahlt erscheint. Was der Besucher dieses nationalsozialistischen Sechstage-Redners aus den Versammlungen etwa an geistigen Eindrücken davon trägt, das

Die wenigen Beispiele, die aus dem endlosen Artikel Hitlers über "das Braune Haus" wiedergegeben wurden, illustrieren zur Genüge, dass Hitler wirklich nichts anderes ist als ein barbarischer Schwätzer, den seine Auftraggeber solange gewähren lassen, solange er den Versuch macht, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Das wird ihm indes auch dann nicht gelingen, wenn er auf seine primitive, aber auch schieberhafte Art nachzuahmen versucht, was die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung an jahrzehntelangem Aufbau

ihrer Organisationsgrundlagen geleistet hat.

SPD. Reichsaussenminister Dr. <u>Curtius</u> ist am Freitag-Vormittag mit seinen Begleitern von seinem Besuch in Wien <u>nach Berlin</u> zurückgekehrt.

Die Reise des Aussenministers muss als Ausdruck der vor längerer Zeit vom Reichswirtschaftsministerium angekündigten handelspolitischen Initiative Deutschlands nach Südosteuropa aufgefasst werden. Die Zukunftsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Handel in Südosteuropa sind ohne Zweifel hoch zu veranschlagen. Alles kommt darauf an, ob eine Angleichung der verschiedenen Interessen möglich ist und zwar handelt es sich dabei um den Ausgleich zwischen Agrarstaaten und einem Industriestaat, der eine ausgedehnte Landwirtschaft besitzt und aus Gründen der Handels- und Zahlungsbilanz diese Landwirtschaft intakt halten muss. In dieser Hinsicht wird auch von zustähdigen Stelle über die Reise des deutschen Aussenministers nach Wien mitgeteilt, dass die Verhandlungen darauf abzielten, "neue handelspolitische Wege in Südosteuropa zu suchen". Dabei käme es besonders darauf an, "die einzelnen Wirtschaftssysteme für die bevorstehenden Handelsverträge einander anzugleichen".

Unter die erwähnten Handelsvertragsverhandlungen fallen die deutsch-rumänischen Verhandlungen, die am Sonnabend ihren Anfang nehmen. Etwas später werden die Verhandlungen mit Ungarn beginnen, die ebenfalls wie die deutsch-rumänischen Verhandlungen in Wien stattfinden. Delegationsführer für die Verhandlungen mit den Rumänen ist Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium. Die deutsche Delegation für die Verhandlungen mit Ungarn führt Legationsrat Windel vom Auswärtigen Amt.

SPD. Paris, 6.März (Eig.Drahtb.)

Trotz aller verzweifelten Vertuschungsversuche dringen immer neue belastende Einzelheiten über die <u>Vorgeschichte des Finanzskandals der "Compagnie Aero Postale"</u> an die Öffentlichkeit. Es bestätigt sich, dass die Gesellschaft annähernd 200 Millionen Obligationen auf den Markt gebracht hat, denen sie unberechtigterweise eine staatliche Garantie zuzuschreiben wagte. Ausserdem sol len zwischen der Compagnie und ihrenTochtergesellschaften in Südamerika sówie den hinter ihr stehenden Banken die üblichen Wechselreitereien vorgenommen wordensein. Das Gesamtdefizit soll sich auf über 400 Millionen Franken stellen.

Was den Zusammenbruch der Gesellschaft, die wie alle anderen Luftverkehrsunternehmungen jährlich staatliche Subventionen erhielt, veranlasst hat, ist noch nicht genau ersichtlich. Es scheint aber, als hätten die hinter ihr stehenden Banken bei der Revolution in Brasilien empfindliche Verluste erlitten.

The stitz will der Bankier Oustric hatte sich die Fluggesellschaft mächtiger Unterstützung in den Kreisen des Parlaments zu erfreuen. Der Aufsichtsratsvorsitzende war der Vizepräsident der Kammer, Bouilloux-Lafont, ihr Rechtsberater der frühere Handelsminister im Kabinett Tardieu und heutige Finanzminister: Flandin. Er soll etwa die gleiche Rolle gespielt haben wie einst der Justizminister Péret im Oustric-Skandal. Seine Blosstellung bildet für das Kabinett Laval dieselbe Gefahr, wie die Kompromittierung Pérets für die damalige Regierung Tardieus. Man erwartet daher, dass Laval seinen bedrohten Minister schnellstens ausschiffen wird. Vorläufig hat er allerdings, und zwar mit unbestreitbarem Erfolg, die Pariser Presse zum Schweigen bringen können. In der Freitag-Vormittagsitzung der Kammer aber hat die Linksopposition alles getan, um dieses Manöver zu durchkreuzen und Flandin vor der gesamten Öffentlichkeit aufs schwerste anzuklagen.

Die Luftfahrtkommission der Kammer hat am Freitag-Nachmittag mit 15 gegen 3 Stimmen das von der Regierung eingebrachte Sanierungsprojekt in Bausch und Bogen abgelehnt.

SPD. München, 6.März (Eig.Drahtb.)

Die Mitteilung der sozialdemokratischen Presse, dass die Mitglieder der Nazi-Reichstagsfraktion den Betrug an den Erwerbslosen vervollkommnet und sämtlich ihre März-Diäten eingesteckt haben, hat in dem hiesigen Hitlerblatt wie eine Bombe eingeschlagen. Sie übte geradezu verheerende Wirkungen aus, denn es wird jetzt offen eingestanden, dass der betrügerische Antrag der ausgezogenen Nazi-Abgeordneten nicht etwa zum Ziel gehabt habe, den Erwerbslosen die gesamten Diäten der Abgeordneten zukommen zu lassen, sondern nur die Summe jener Abzüge, die den Abgeordneten für geschwänzte Sitzungen gemacht werden. Mit diesem Eingeständnis wird die Betrugsabsicht des Nazi-Antrages noch offenkundiger.

Die HerrenHitler-Abgeordneten wolltengrossmäulig auf jenen Teil der Diäten verzichten, auf den sie nach dem Verlassen des Reichstages rechtlich überhaupt keinen Anspruch mehr hatten. Die 360 Mark für nicht geleistete Arbeit wollen sie jedoch wiederum skrupellos für sich einstecken. Nach der jetzt in dem Münchner Hitlerblatt erfolgten Interpretation des Antrages soll nur der Rest von 240 Mark, "diese erkleckliche Summe, den Erwerbslosen zugeführt werden". Das hätte der "rote Genosse Löbe" verhindert, wobei die Nazis verschweigen, dass weder der Reichstagspräsident noch sonst jemand nach eigenem Ermessen über die den Abgeordneten nach den gesetzlichen Vorschriften gemachten Abzüge verfügen kann.

SPD. Paris, 6.März (Eig.Drahtb.)

Santiago Alba, der in Paris in freiwilliger Verbannung lebende spanische liberale Führer, hat am Freitag den Besuch des spanischen Politikers Chapaprieto empfangen, der ihn über die Absichten der Opposition und ihre Vorarbeiten zur Bildung eines Wahlblocks für die Einberufung einer gesetzgebenden Nationalversammlung in Kenntnis setzte. Santiago Alba erklärte sich mit den ihm unterbreiteten Zielen vollkommen einverstanden und versprach, noch in diesen Tagen öffentliche Aufrufe an Malquiatez Alvarez, Villanueva und Burgos Maza zu richten.

SPD. Kiel, 6.März (Eig.Drahtb.)

Hitler hat einen Beauftragten nach hier entsandt, der in der Kieler Ortszgruppe der Nazis Ordnung schaffen soll. In der Führung dieser Ortsgruppe solles ebenso bedenklich aussehen wie in deren Kasse.

SPD. München, 6.März (Eig.Drahtb.)

Ihre Knüppel- und Schlagringmethoden übertragen die Nazis neuerdings auch auf Versammlungen, in denen keine Politik, sondern künstlerische Fragen behandelt werden.

Am Donnerstag-Abend sprach im Konzertsaal des Katholischen Kasinos in: München der Weimarer Frick-Professor Schultze-Naumburg über "Kampf um die deutsche Kunst". Etwa die Hälfte der 500 Zuhörer waren Münchener Künstler, die sachlich an dem Thema interessiert waren, während die andere Hälfte aus Parteifreunden des Vortragenden bestand. Wie es in München üblich ist, erlaubten sich die Künstler auch Zwischenrufe. Da kamen sie aber schön an. Der Saalschutz, der nach Feststellung des Polizeiberichts aus nicht uniformierten SS-Leuten bestand, ein in ausserpolitischen Versammlungen bisher unbekanntes Ding, fiel sofort über den ersten Zwischenrufer, den Maler Wolf Panizza her. Er wurde umringt, mit Schlagringen, Fäusten und Fusstritten bearbeitet und schliesslich mit schweren Verletzungen aus dem Saal hinausgeworfen. Das gleiche passierte dem Maler Günther Grassmann, der ebenfalls erhebliche Kopfverletzungen davontrug. Ebenso wurde seine Ehefrau hinausgeworfen.

Als zum Zeichen des Protests eine ganze Anzahl von Künstlern den Saal; verlassen wollten, wurden sie mit Gewalt daran gehindert. Schliesslich wollten Kriminalbeamte, die inzwischen mit dem Schutz anderer bedrohter Versammlungsbesucher beschäftigt waren, eingreifen. Jetzt nahm der Saalschutz Reissaus. Der "Völkische Beobachter" berichtet über die Versammlung mit folgendem Satz: "Der Vortragende erntete brausende zustimmung; einige Ruhestörer wurden vom Ordnungsdienst hinausgeworfen."

SPD. Rom, 6.März (Eig.Drahtb.)

Der grosse faschistische Rat, das oberste Örgan der faschistischen Partei und gleichzeitig das entscheidende Staatsorgan, hat in seiner am Freitag abgeschlossenen kurzen Sitzungsperiode u.a. beschlossen, dass ab 1.Juli alle politischen Delikte, auch die, die bisher auf ordentlichem Wege abgeurteilt wurden, dauernd zur Zuständigkeit des Ausnahmegerichts gehören. Dieses Ausnahmegericht, das eigentlich nach einer bestimmten Zeit aufgehoben werden sollte, wird damit zu einer Dauereinrichtung. Alle politischen Vergehen und Verbrechen werden demnach auch nach der Einführung des neuen Strafgesetzbuches ohne Möglichkeit der Berufung und der normalen Rechtsgarantien von einem politischen Gericht abgeurteilt.

Im übrigen ist aus den Beschlüssen des Rates noch interessant, dass der Eintritt in die faschistische Partei bis zum 1. Oktober 1932 gesperrt und ein

weiterer Ausbau des Zunftwesens beschlossen wurde.

SPD. Paris, 6.März (Eig.Drahtb.)

Die Kammer hat am Freitag mit der <u>Diskussion des Budgets des Luftfahrt-ministeriums</u> begonnen. Die Gesamtausgaben für die französische Fliegerei betragenim neuen Jahr 2 263 Millionen und sind damit um 250 Millionen gegenüber dem Vorjahre gestiegen. 1 739 Millionen davon sind für die Bedürfnisse von Heer und Marine bestimmt, 243 Millionen für die Subventionen der Luftverkehrsgesellschaften und 227 Millionen für die Flugzeugindustrie.

Der Berichterstatter des Budgets, der sozialistische Abg. Renaudel, forderte im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes nicht nur eine Herabsetzung der Kredite für das Militärflugwesen, sondern auch eine Internationalisierung der Verkehrsluftfehrt, die durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu einem wichtigen Friedensfaktor werden könnte.

SPD. Mailand, 6.März (Eig.Drahtb)

In der Stadtverwaltung von Florenz, die durchweg mit faschistischen Funktionären besetzt ist, sind grosse Unterschlagungen und Betrügereien aufgedeckt worden. Neun hohe faschistische Funktionäre wurden verhaftet, weitere Verhaftungen stehen bevor.

SPD. Eisenach, 6. März (Eig. Drahtb.)

Das Eisenacher Landgericht verwarf am Freitag die Berufung in dem Prozess des Oberbürgermeisters Dr. Janson gegen den verantwortlichen Redakteur der "Eisenacher Volkszeitung". Der verantwortliche Redakteur des betreffenden Blattes war vor Monaten wegen der Veröffentlichung eines Gesprächs, das Oberbürgermeister Janson in einem Berliner Hotel mit einem Polizeikommissar hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. In der Veröffentlichung wurde u.a. darauf hingewiesen, dass Oberbürgermeister Dr. Janson sich hochverräterischer

Umtriebe schuldig gemacht habe, da er einen Polizeikommissar gesucht habe, der den Nazis oder dem Stahlhelm angehörte.

Im Verlauf der verhandlung erklärte der angeklagte Redakteur Schroot, dass es die Pflicht der sozialdemokratischen Presse sei, Dinge, wie sie Oberbürgermeister Janson von der Berliner Unterredung geäussert habe, gebührend zu kennzeichnen und ihr in ihrem Kampf für die republikanische Staatsform irgendwelche Rücksichtnahme auf den Oberbürgermeister Janson fern liegen müsse. Nicht nur in Eisenach seien die reaktionären Umtriebe im vorliegenden Falle erwiesen, Auch im Ulmer Reichswehrprozess hätten die Wege nach Eisenach geführt. Polizeikommissar Mache, der die Unterredung mit Janson geführt habe, hätte seine Aussagen beschworen und damit sei der Beweis für die Rechtmässigkeit der in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Behauptungen erbracht. Bis heute sei die Stelle eines Polizeikommissars in Eisenach noch nicht besetzt. Einem entsprechenden Antrag der republikanischen Stadtratsmehrheit sei vom Oberbürgermeister widersprochen worden.

Die Verteidigung des Angeklagten erklarte, dass das Urteil der 1.Instanz von falschen Voraussetzungen ausgehe. Im Verlauf einer Unterredung des Oberstaatsanwalts mit Dr. Janson habe Janso für Schroot Gefängnis gefordert. Der staatsparteiliche Justizrat Dr. Sommerfeld masste sich als Vertreter des Nebenklägers an, der sozialdemokratischen Presse ehrenrühriges Verhalten im Falle Janson vorzuhalten und ihr Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen. Der Staatsanwalt, ein früherer Demokrat, erklärte, der Prozess dürfe nicht zu sehr von politischen Gesichtspunkten sondern müsse mehr von örtlichen Momenten aus betrachtet werden. Der Angeklagte erwiderte darauf, dass der Staatsanwalt und zahlreiche Richter in Eisenach mit dem Oberbürgermeister persönlich befreundet seien.

Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten wieder vier Monate Gefängnis. Das Gericht verwarf jedoch sowohl die Berufung des Angeklagten wie die der Staatsanwaltschaft. Es bleibt bei einem Monat Gefängnis.

SPD. Oslo, 6.März (Eig.Drahtb.)

Ein norwegisches Komitee von Fachleuten ist an das Dänische Verkehrsministerium mit dem Vorschlag herangetreten, die Möglichkeit einer <u>Uebertragung non wegischer</u> hydroelektrischer <u>Energie</u> in grösseren Mengen nach Dänemark und einer eventuellen Weiterleitung nach Norddeutschland zu versuchen. Als Alternative zu dem Plan einer Energieüberführung über das Skagerrak und durch Dänemark hat man in Norwegen die Anlage einer Hochspannungs-Ueberlandlinie durch Schweden über Gotenburg und Helsingborg ins Auge gefasst.

SPD. London, 6.März (Eig.Drahtb)

Die Schlichtungskammer für das Eisenbahnwesen hat nach wochenlangen Verhandlungen ihren Lohnschiedsspruch gefällt. Der Mindestlohn bleibt bestehen.

Darüber hinaus werden alle Löhne um 2½ Prozent gekürzt. Bei einem Wochenverdienst von mehr als 40 Schilling beträgt die Kürzung 5 Prozent. Auch die Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und Sentenschaft mind und der Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und der Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und der Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und der Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und der Beschlung der Webenstanden und der Sentenschaft mind und der Beschlung d

zahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit wird verringert.

Durch diesen Spruch ist ein Eisenbahnerstreik vermieden worden. Wennger auch an die Eisenbahner eine harte Zumutung stellt, so enttäuscht er viel mehr die Eisenbahngesellschaften, die eine etwa dreifach höhere Lohnverminderungsverlangt hatten und zugleich die Bezahlung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit nach dem einfachenLohntarif erstrebten. Die dem Schlichtungsausschuss angehörenden Gewerkschaftsvertreter begründeten in einem besonderen Gutachten die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die allein ihre Rentabilität für die Zukunft sichern könne.

Am Freitag wurde auch für 150 000 Bergarbeiter von Südwales ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne durchschnittlich um 4 bis 6 Pens pro Tag herabsetzt. Der Mindestlohn in Südwales schwankt jetzt zwischen 7 und 7 1/4 Schilling pro Schicht. Die Grubenbesitzer hatten die Herabsetzung des Mindestlohns auf 6,6 Schilling verlangt. Die Bergarbeiter wollen sich mit diesem Schiedsspruch nicht zufrieden geben. Sie hatten eine Lohnerhöhung von einem Schilling pro Tag verlangt.

SPD. London, 6.März (Eig.Drahtb.)

Das Endresultat der Wahlen zum Londoner Landesrat (Stadt- und Landbezirk) lautet wie folgt: Labour Party 35 (bisher 42). Sitze, Liberale 6 (5), Rechts-parteien 83 (77) Sitze.

Die Rechte hat damit ihre seit 30 Jahren bestehende sichere Mehrheit, noch erhöht, während die Verminderung der Stimmen der Labour Party grösser ist als der durchschnittliche Stimmenrückgang.

SPD. Am Freitag wurde von der Reichsbahnfachkammer beim Arbeitsgericht Berlin über den Rechtsstreit zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahn wegen der von der Hauptverwaltung im Gegensatz zum Tarifvertrag vorgenommenen Einlegung der Feierschichten verhandelt.

Die Reichsbahn steht, wie aus dem Gang der Verhandlungen hervorgeht, auf dem Standpunkt, sie sei, nachdem sich eine Verständigung mit den Organisationen nicht habe erzielen lassen, berechtigt gewesen, von sich aus Feierschichten anzuordnen, da ihr der Tarifvertrag nicht das Recht nehme, Einzelarbeitsverträge abzuschliessen. Die Gewerkschaften dagegen verfechten die Auffassung, dass es sich bei denin Frage kommenden tariflichen Bestimmungen um eine erschöpfende und abschliessende Regelung handele, die weder zu Gunsten noch zu Ungunsten der Arbeiter habe abgeändert werden können. Die Urteilsverkundung wurde auf Dienstag vertagt. -

Die Ortsgruppe Kassel des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat in einer Mitgliederversammlung aufs schärfste gegen die neuen Lohnabbaupläne der Reichs bahn Protest erhoben. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Löhne der Eisen bahner jetzt schon zum Teil niedriger sind als die Erwerbslosenunterstützung. Zahlreiche Eisenbahner könnten von ihrem Lohn schon nicht mehr die Miete bezahlen und müssten dazu besondere Unterstützungen der Reichsbahn in Anspruch nehmen. Eine einstimmig angenommene Entschliessung richtet an den Hauptvorstand die Forderung, dass er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den geplanten Lohnabbau abwehre.

SPD. Bremen, 6.März (Eig.Drahtb.)

Die Freitag-Sitzung der Bremer Bürgerschaft endete mit einem von den Nationalsozialisten provozierten Tumult, wie ihn das bremische Parlament noch nicht erlebt hat.

Im Verlauf der Erörterung eines aus rein agitatorischen Gründen gestellten nationalsozialistischen Antrages auf Herabsetzung der Gehälter für die Senatoren und höheren Staatsbeamten wies der sozialdemokratische Sprecher darauf hin, dass sich unter den zahlreichen Ministern, hohen Staatsbeamten, Generälen und Admirälen des Kaiserreiches, die von der Republik hohe Pensionen erhalten, kein Sozialdemokrat befinde. Als darauf ein Nationalsozialist antwortete: "Die Sozialdemokratie ist ja auch die Partei des Landesverrats", brach auf der Linken ein Sturm der Entrüstung los. Vergeblich berief sich der Hitlermann auf ein Zitat aus einer Nazizeitung, in der der längst als politischer Märchenerzähler entlarvte französische Spion Desgranges als Kronzeuge für die angebliche Richtigkeit der Behauptung angeführt wurde. Der Nationalsozialist musste von dem nationalsozialistischen Präsidenten zur Ordnung gerufen werden, desgleichen ein Sozialdemokrat, der aus berechtigter Empörung über diese Gemeinheit die Nazis Lausejungen genannt hatte.

Im Schlusswort zu seinem Antrag unterstrich der nationalsozialistische Fraktionsführer die Flegelei seines Parteifreundes, indem er sagte: "Die Sozialdemokratie ist die Partei des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, dem im Magdeburger Prozess gerichtsnotorisch Landesverrat bescheinigt wurde." Die vierzig Sozialdemokraten sprangen bei dieser infamen Beschimpfung auf und drangen zur Rednertribüne vor. Die Nazis drangengleichfalls nach vorn, sodass es fast zu einem Handgemenge gekommen und der Naziredner auf der Stelle bestraft worden wäre. Er durfte kein Wort weiter reden. Die starke Erregung im Hause machte eine Weiterberatung unmöglich.

Der nationalsozialistische Präsident, der sich seines Amtes nicht gewachsen zeigte, musste die Verhandlungen abbrechen und bis auf weiteres vertagen.

SPD. London, 6.März (Eig.Drahtb.)

Das Budget für die englische Landarmee wurde um 570 000 Schilling herabgesetzt, dagegen wurde das für die Luftflotte um 250 000 Schilling erhöht.
Ohne die indischen Truppen zählt das englische Landheer zurzeit 148 800 Mann,
die sich vom 1.April 1931 ab um 10 000 Mann vermindern.

(Schluss des politischen Teils. - Auf <u>Wiederhören</u> Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850) SPD.Berlin, 6. März (Eig.Drahtb.)

Die Reichstagssitzung vom Freitag gab dem Landvolkabgeordneten Schlange-Schöningen Gelegenheit, im Rahmen der Haushaltsaussprache über das Reichsmini=

sterium des Innern eine politische Bekenntnisrede zu halten.

Herr Schlange ist in den ersten Jahren der Republik einer der leiden schaftlichsten Gegner des neuen Staates gewesen. Inzwischen hat er sein Damas= kus erlebt. Wahrscheinlich ist der entscheidende Anstoss zu dieser staatspoli= tischen Bekehrung sein langjähriger deutschnationaler Umgang gewesen. Die in= terpolitische Beschränktheit dieser Schichten scheint diesen Landvolkführer, der über geistigen Horizont verfügt, abgestossen zu haben. So war denn seine Rede eine einzige Anklage gegen den hohlen Fanatismus der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen und gleichzeitig ein Bekenntnis zur positiven Auf= bauarbeit mit allen lebendigen Volkskräften. Er meinte, die Sozialdemokratie solle Herrn Hugenberg ein Denkmal setzen. So habe dieser Politiker für die Machtstellung der Sozialdemokratie gearbeitet. Schlange gab dann dem sozial= demokratischen Abgeordneten Löwenstein recht, dass viel Idealismus in der Ar= beiterklasse stecke, jedoch müsse sich dieser Idealismus zuerst für das eigene Volk einsetzen. Löwenstein rief dazwischen, der Menschheitsidealismus sei den alten Deutschen Tradition. Schlange forderte, dass nicht derselbe Fehler gemacht werde, wie im Kriege, wo man dem Volke die Wahrheit vorenthalten habe. Jetzt müsse die volle Wahrheit gesagt werden. Er vestehe die Jugend und ihren Radikalismus, aber man dürfe sich nicht von Zwanzigjährigen führen lassen. Dieselben Wirtschaftskreise, die nach Unterstützung verlangten, trieben eine Politik, die enorme Kreditverluste und fanatische Zinserhöhungen mit sich brins gen müsse. Schlange erinnerte schliesslich an den revolutionären Freiherrn vom Stein. Auch jetzt müsse dem Volk ein neuer Glaube und eine neue Hoffnung gegeben werden. Der Fünfjahresplan mit Russland werde nach seiner Ueberzeugung nicht gelingen, aber dennoch hingen mächtige Volksteile Russlands mit grossen Fanatismus diesem Plan an. Man solle aufhören mit dem Reden vom Sturz des ge= genwärtigen Systems in Deutschland. Aber einer organischen Weiterentwicklung müsse man Raum schaffen. Wie in England müssten sich starke selbst handelnde Persönlichkeiten durchsetzen.

Reichsinneminister Dr. Wirth nahm die Rede zum Anlass, um noch einmal zu erklären, dass weder SA-Abteilungen noch rote Hundertschaften mit Gewalt etwas würden unternehmen können. Vor der Rede des Abgeordneten Schlange nahm das Haus eine Gespensterrede entgegen. Herr Hammerstein-Loxton aus Hannover erwies sich durch die Form seiner Rede als ein hochanständiger Mann, aber er ist im Jahre 1866 stehen geblieben. Brachte es dieser welfische Abgeordnete doch fertig, fast eine Stunde lang dem Hause Vortrag zu halten über hannoversche Rechte und hannoversche Freiheiten. Nur über den Weg eines neuen hannowerschen Staates sieht Herr Hammerstein-Loxton den Aufstieg Deutschlands.

Frau Weber vom Zentrum hielt eine Rede zur Rettung der christlichen Kultur. Sie begab sich dabei auf das Glatteis, ein angebliches Wort des Russen Zunatscharski zu zitieren, dass die Worte Mutter und Vater verschwinden sollten. Die Kommunisten nahmen den willkommenen Anlass wahr, zum so und sovielten Male glaubhaft zu erklären, dass dieses Zitat auf einem Schwindel beruht. Sowohl Frau Weber wie Herr Schlange scheinen vom Reichsminister des Innern gesetzgeberische Massnahmen gegen den sogenannten Kulturbolschewismus zu erwarten. Hoffentlich ist sich Dr. Wirth darüber klar, dass hier grosse inner politische Gefahren lauern.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses sprach als Arzt über die Notlage unseres Volkes. Fünf Millionen Erwerbslose bedeuteten, dass 20 Milli= pnen Menschen davon betroffen würden. Viele könnten sich weder baden noch waschen, weil es ihnen an Seife fehle und an Kohle. In vielen Familien sei

kein Schuhzeug, keine Kleidung, keine Wäsche vorhanden. Manche Kinder könnten nur alle zwei Tage in die Schule gehen, weil an denanderen Tagen das einzige Paar Schuhe von einem anderen Kinde der Familie benutzt werde. Alle politischen Massnahmen müssten an die Volksgesundheit denken.

Als Benjamin des Hauses sprach der kommunistische Abgeordnete Becker-Berlin gegen die Verschlechterung des Jugendwahlrechtes. Dass der hoffnungsvolle Jüngling dabei nach Kräften auf die Sozialdemokratie schimpfte, ist selbstgerständlich. Wahrscheinlich hat ihm niemand gesagt, dass er das Wahlrecht allein dieser geschmähten Sozialdemokratie verdankt. - Die sozialdemokra tische Abgeordnete Frau Bohm-Schuch wandte sichgegen die Verdrehungen, die im Lande mit der Abstimmung der Sozialdemokratie zu den unsinnigen kommunistischen Remarque-Anträgen verübt worden sind. Die Sozialdemokratie strebe durch ihre Anträge eine Lockerung der Filmzensur an. Das Verbot des Remarque-Filmes verstosse gegen die Tendenz des Filmgesetzes. Die Sozialdemokratie sei für den Remarque-Film, weil er geeignet sei, die Jugend zum Frieden erziehen zu helfen Der sozialdemokratischer Abgeordnete Gellert sprach für die Arbeitersportbewegung und beklagte sich, dass diese bedeutend weniger Mittel erhalte, als die bürgerliche Sportbewegung. Ueberraschend sei, dass jetzt die Kommunisten Regierungsgelder für ihre sportlichen Organisationen verlangten. Noch vor einigen Jahren habe der Kommunist Nitschke dies als Korruption bezeichnet.

Den Abschluss der Kulturdebatte bildete ein Rededuell Schlack-Schneidewind, das eigentlich in den Kölner Karneval gehört. Der wirtschaftsparteiliche Metzgermeister Schneidewind aus Köln hat am Mittwoch im Reichstag frisch und frei behauptet, bei ihm sei bestes Rinderfett zu 30 Pfennigen und gute Wurst zu 40 Pfennigen zu haben. Der Zentrumsabgeordnete Schlack verlas unter wachsen der Heiterkeit des Hauses ein Telegramm seiner Genossenschaft aus Köln, wonach im Laden des Herrn Schneidewind Rinderfett 40 Pfennige kostet, gewöhnliche Blutwurst 60 Pfennige, gewöhnliche Leberwurst 60 Pfennige und ordinäres Suppenfleisch 100 Pfennige, alles geringe Qualitäten. Schneidewind hatte also im Reichstag im Verhältnis zu seinen Ladenpreisendas Fett um 35 v.H., die Wurst um 100 v.H. und das Rindfleisch um 50 v.H. verbilligt. Noch heiterer wurde der Auftritt, als Schlack mitteilte, dass Herr Schneidewind, der sich im Reichstag als wirtschafttsparteilicher Redner mit Leidenschaft gegen die Konsumvereine gewandt habe, seit 1922 Mitglied der christichen Genossenschaft "Eintracht" in Köln ist und sein Spargeld statt auf eine Mittelstandsbank der christlichen Genossenschaft zur Verwahrung gibt. Die Rede Schneidewinds, sagte Schlack, sei auf eine Schallplatte übertragen worden. Er beantrage, dass das Telegramm aus Köln auf die andere Seite dieser Schallplatte komme. Unter grosser Heiterkeit versuchte Schneidewind dann sich selbst zu dementieren: Es folgten stundenlange Abstimmungen.

(Bei Redaktionsschluss tagt das Haus noch.)

Im Sturmschritt vorwärts!

Weitere Steigerung des sozialdemokratischen Aufklärungsfeldzuges.

SPD. Die Sozialdemokratie ist die Partei des arbeitenden Volkes. Wer je daran zweifelte, den überzeugt der Werbe- und Aufklärungsfeldzug, den sie jetzt unternimmt. Einige Wochen erst trommelt die Partei mit ihrer Jahres- parole: Wo bleibt der zweite Mann? Tausende freiwillige Werber tragen sie in das entfernteste Dorf. Einige Wochen erst ist die Versammlungsaktion im Gange. Aber schon zeigen sich überall die Erfolge dieses konzentrierten Gross-Angriff

Auch in der 4.Februarwoche berichten die Bezirksverbände der SPD von neuer Steigerung der Arbeit. So wurden zlB. im Bezirk Franken 70 Versammlungen; abgehalten, von denen viele überfüllt und polizeilich gesperrt waren. Durch besondere Werbeerfolge zeichnen sich aus: Bayreuth mit 210 neuen Parteimitgliedern, davon viele junge Kämpfer und Frauen. Erlangen, die Hakenkreuzstadt, meldet 71 Neuaufnahmen. Hier hat ein Mitglied allein 19 Mitglieder geworben. Der ganze Bezirk Franken mustert 860 neue Mitglieder und konnte in den letzten Wochen 12 neue Ortsgruppen der SPD gründen.

In Hessen sind unsere Parteifreunde ebenfalls sehr rührig. Hessen-Kassel meldet 63 Versammlungen mit über 10 000 Besuchern. Die Gründung von 6 neuen Ortsgruppen und zwei neuen Frauengruppen zeugt von rühriger Arbeit. Darüber hinaus wurden auch die Mitgliederzahlen in den übrigen Ortsgruppen wesentlich gesteigert, so z.B. in Sontra von 10 auf 51 und in Grebendorf um 30 Frauen. Hessen-Nassau berichtet von 28 grossen Kundgebungen und 8 öffentlichen Filmver anstaltungen, Hessen-Offenbach nennt 31 Versammlungen, in denen Tausende von Besuchern ihren Willen, mit der SPD zu kämpfen, zum Ausdruck brachten.

Eine grosse Versammlungsaktion wurde in der Berichtswoche auch im Bezirk Ostsachsen durchgeführt. 60 Versammlungen mit 23 600 Besuchern und 35 Filmvorführungen mit beinahe 10 000 Teilnehmern wurden gezählt! Neben Dresden führten einige Landstädte gewaltige antifaschistische Kundgebungen mit dem italienischen Parteifreund Pietro Nenni durch. – Der Bezirk Zwickau veranstaltete 15 Filmabende und 8 öffentliche Versammlungen, die alle sehr stark besucht waren. Ausserdem zeigte ein Aufmarsch der Ordner der SPD und des Reich banners den Gegnern die Macht der sozialistischen Arbeiterschaft. Bemerkenswert sind in diesem Bezirk die Werbeerfolge in den kleinen Orten des Vogtlandes. So kann neben erfreulichen Werbeerfolgen anderer Orte z.B. allein Oberhasslau 52 % Mitgliedersteigerung berichten.

Tüchtig geschafft wird auch in dem Bezirk Brandenburg-Grenzmark. Hier wur den 57 teils überfüllte Versammlungen durchgeführt. Vor allem die Landorte dieses Bezirks haben gute Erfolge zu verzeichnen. In Berlin wurde eine gewaltige zentrale Kundgebung veranstaltet, bei der Nenni-Italien, Abramowitsch-Russland und der Parteivorsitzende Otto Wels sprachen. 18 000 begeisterte Besucher wurden gezählt. Daneben fanden noch 5 Kreiskundgebungen mit über 5 000 Teilnehmern statt.

Gute Kunde kommt auch aus Schlesien. Der Bezirk Mittelschlesien berichtet von 49 Versammlungen mit über 14 000 Besuchern. Hier herrscht insbesondere unter den Landarbeitern eine glänzende Stimmung. Gute Werbeerfolge wardenerzielt. Uebereinstimmend damit meldet Niederschlesien 42 oft überfüllte Parteikundgebungen mit 13 600 Teilnehmern. Viele dieser Veranstaltungen wurden als die am stärksten besuchten der Nachkriegszeit bezeichnet.

Selbst in ausgesprochen ländlichen Gegenden wird mit ausserordentlichem Erfolg gearbeitet. Der Bezirk Oldenburg-Ostfriesland führte 22 öffentliche Versammlungen durch. 9 nationalsozialistische Veranstaltungen konnten von Mitgliedern der SPD beherrscht und mit Erfolg für die SPD zu Ende geführte werden. Mecklenburg-Lübeck hat sich in dieser Woche ebenfalls die Landbezirke zur Bearbeitung vorgenommen. 21 Versammlungen in kleinen Städten und Landgemeinden brachten grossen Versammlungsbesuch und Mitgliederzuwachs. Der Bezirk

Hannover berichtet von der 388 Versammlung! Allein am letzten Sonntag fanden 30 Versammlungen im Landkreise statt ausser 2 riesigen Kundgebungen in der Stadt Hannover. Auch die Werbetätigkeit ist hier sehr erfolgreich. Hannover meldet 338 neue Mitkämpfer und der kleine Ort Dorste konnte 70 neue weibliche Parteifreunde den Reihen der SPD zuführen. Damit ist von den 1400 Einwohnern dieses Orwes jeder zweite Wähler Mitglied der SPD!

Auch am Rhein wird weiter eifrig geschafft. Der Bezirk Obere Rheinprovinz meldet 19 offentliche Kundgebungen mit über 3 000 Teilnehmern. Vom Bezirk Niederrhein berichtet allein die Ortsgruppe Wuppertal von 165 neuen Parteimitgliedern. Oberpfalz und Niederbayern berichtet von 10 überfüllten Volksversammlungen und der Gründung von 2 neuen Ortsvereinen. Der Bezirk Baden kann eben-falls von glänzendem Offensivgeist berichten, von dem 24 überfüllte Volksver-

sammlungen zeugen.

Überall verstärkter Kampfeswille, der von guten Erfolgen gekrönt wird! Weiter so, Parteigenossen! Die Sozialdemokratie ist im Angriff! Nieder mi: Faschismus und Reaktion! Es lebe der Sozialismus!

SPD. Peking, 6.März (Eig.Drahtb.) Die an der Esenbahnstrecke Peking-Hankau stationierte 12. Division der Regierungstruppen hat gemeutert und ist zu den Regierungsgegnern übergetreten. Vor ihrer Desertion haben die Soldaten die Eisenbahnlinie unterbrochen und die telephonischen Verbindungen zerstört.

SPD. New York, 6.März (Eig.Drahtb.) In Lima, der Hauptstadt Perus, ist in der Nacht zum Freitag zum 14. Male innerhalb von sieben Monaten die Regierung durch einen Militärputsch gestürzt worden.

.. SPD. Ein grosser Schub ist augenblicklich unter der KPD-Bonzokratie im

Eine Reihe kommunistischer Bezirkssekretär, so der Reichstagsabg. Neubauer in Düsseldorf, der sächsische Lendtagsabg. Renner, das Bürgerschaftsmitglied Taube in Bremen sind als politische Leiter ihrer Funktionen enthoben und durch neue Leute ersetzt worden. Auch der Nachfolger Piecks als politischer Leiter Grossberlins, der Reichstagsabg. Ullbricht steht vor der Abhalfterung, von der übrigens auch eine Reihe von Redakteuren betroffen ist. Der frühere Landtagsabg. Plenge in Bremen, politischer Redakteur des dortigen KPD+Organs, musste seinen Posten an den bisherigen Leiter des Pressedienstes derRoten Hilfe. Schaible, abgeben. Aus der Redaktion der "Roten Fahne" flogen die letzten Versöhnler. Im Ruhrgebiet ist ebenfalls ein grosses Revirement eingetreten. Die Abgehalfterten werden vielfach als Werber für Münzenbergs Inseratenplantagen untergebracht.

Als Grund dieser Massenmassregelungen führender Funktionäre verlautet aus kommunistischen Kreisen, dass der "Tempoverlust" in den einzelnen Bezirken in der "Organisierung der Revolution", wie er sich besonders in ungenügenden Erfolgen am 25. Februar, dem Tage der KPD-Krawalle, erwiesen habe, den in die Wüste gejagten Thälmann-Angestellten angekreidet wird.

"– Aŭs aller Welt

Eine Bank zieht um...

311 311

Eine neue Mammonskathedrale in New York.

Amerikas allmächtiger Gottheit, dem Dollar, ist im New Yorker Finanzdisstrikte eine neue Andachtsstätte erstanden. 745 Fuss hoch reckt sich die neue Mammenskathedrale der City Bank Farmers Trust Company in Wallstreet empor. 54 Stockwerke stehen zur Aufnahme von Reichtümern bereit, gegen die die sagenhaften Schätze orientalischer Potentaten verblassen müssen. Gespenstisch geistert das Gold durch die nächtlichen Strassen. Aller Wagenverkehr stockt und wird von lang ausgezogenen Polizeiketten in Seitenstrassen umgeleitet. Die Bank zieht um. Dumpf poltern Lastwagen mit Millionenwerten über das Pflaster. Ueber ihnen wacht grimmig eine kleine Armee, jederzeit bereit, Leib und Leben für den goldenen Moloch in die Schanze zu schlagen.

Das Auge des Gesetzes.

Auf dem alten Bankgebäude am Exchange Place liegt das harte Licht riesi= ger Scheinwerfer. Dichte Nebelschwaden ziehen über die Szene, die einem nächt= lichen Heerlager gleicht. Von fern her heulen die Nebelhörner der Hafenfähren. Wie Ameisen huschen die Menschen hin und her, ihre Geräusche werden gleichsam vom Nebel und Schatten aufgesogen. Aus undurchdringlichem Dunkel fühlt man wäsgende Augen, spürt man erschauernd die Zielbewusstheit tödlicher Maschinenges wehre. In jeder Ecke lauert vielfaltiger Tod. Keine Geste, kein Schritt entgeht den Augen misstrauischer Wächter. Hier stehen ein frierender Arbeitsloser und ein abgerissener Strassenbummler dicht nebeneinander. Dort, im Schlagschateten, steht eine Gruppe sensationslüsterner New Yorker, die sich Wallstreet bei Nacht nicht entgehen lassen will. Und da an der windigen Ecke das letzte Produkt der amerikanischen Wirtschaftskrise: der Apfelverkäufer. An seinem Hute schwankt das Arbeitslosenplakat grotesk hin und her.

Revolver Knüppel Detektive

Unter halblautem Gefluche windet eine Arbeiterschar die Safes aus den tief gelegenen Bankkellern herauf und verladet sie auf die bereitstehenden Lastwagen. Jede vier Minuten ein Safe, in jedem Safe eine Million Dollar und mehr. Polizeibeamte auf den Trittbrettern, Beamte neben den Safes, Beamte neben den Chauffeuren und Arbeitern, Beamte in den dunklen Eingängen der nahe liegenden Bürohäuser. Wo man hinblickt, sind Uniformen, Revolver und Polizeiknüppel sichtebar. Scharfschützen halten ihre Maschinenpistolen in klammen Händen. Detektive streichen mit dem verunglückten Gesichtsausdruck markierter Harmlosigkeit umher Leise klingen die Rufe der Absperrungsmannschaften herüber. Ein Postauto, das als einziges die hermetische Sperre durchdringen konnte, rumpelt vorüber Wachsame Augen ruhen auf dem Postfahrer und seinem Begleiter.

Wieder schwingt ein millionenschweres Safe auf den Wagen. Neben mir sagt der Arbeitslose mit tonloser Stimme "Können Sie einen Quarter (25 cents) et übrigen? Ich habe keine Bleibe, weiss nicht, wo ich schlafen soll". Aus der Ecke quäkt der Apfelverkäufer in die Dunkelheit. "Süsse, saftige Aepfel gefällig, Mister?! Nur fünf Cent das Stück". Die eingefallenen Wangen verraten, wie sehr er den Zwischengewinn von zwei Cent pro Apfel benötigt. Vielleicht eine Frau

und frierende, hungrige Kinder zu Hause...

Millionen und Abermillionen.

Wo ist der aufsichtsführende Polizeibeamte? Drei silberne Sterne auf dem goldenen Brustschilde verraten den Polizeikapitän, einen ergrauten Polizeive teranen, den man mit der Leitung des gespenstischen Umzuges betraut hat. Das

uschige Augenpaar fährt blitzschnell hin und her, übersieht in Sekunden, was sich in seinem Befehlsbereiche abspielt. Auf die Frage, ob er mit derartigen Aufgaben vertraut sei, bricht ein leichtes Lächeln durch das verschlossene Gesicht. "Sicherlich, Dutzende davon geleitet... Keine leichte Aufgabe... Aber das hier, das ist das Grösste... Millionen und Abermillionen... Wieviel?... Ich weiss nicht... Nicht einmal mir wollen sie sagen, wieviel es ist... "Wieder verschwine det ein Lastwagen in der Dunkelheit.

In der Tiefe von Manhattan.

Der neue Bankpalast liegt nur drei Strassenblocks weit entfernt. Schwitzende Arbeiter sind mit dem Abladen der unablässig anrollenden Lastwagen beschäftigt. Dutzende Polizisten sind auch hier in weitem Umkreise um die Gefahrenzone postiert. Die Safes gleiten eine schräge Bahn herunter, werden auf Rollen gestellt, in die Fahrstühle geschafft, wo sie in den 40 Fuss tiefen Schächten inmitten des Felsengrundes von Manhattan verschwinden. Safe nach Safe nimmt seinen Weg in die unterirdischen Räume, mit jedem Safe wird die Spannung geringer, der Griff an die Pistole nachlässiger. Oben, in der Mammonskathedrale arbeiten die Innendekorateure wie die Besessenen. Die Büros müssen innerhalb zweier Tage für 2 ooo Arbeitskräfte fertig sein. Die schweigende Macht in den unterirdischen Mächten befiehlt, da darf es keine Müdigkeit und keine Verzögefrung geben.

"Ich bin hungrig!"

Wieder kommt ein Lastwagen, wieder verschwinden neue Safes im Bauche der Erde. Der Chauffeur schimpft halblaut vor sich hin. Was sagt der Mann? "Zum Teufel mit der verdammten Nachtarbeit...Ich bin hungrig..ich wünschte, ich bätte ein belegtes Brot..." Aufgeregt gestikuliert er auf den leitenden Ingenieur ein, der ihm brüsk den Rücken zuwendet. Höhnisch leuchten die Silbergriffe des Safes herüber.

Drei Nächte lang poltern die Autobusse mit ihren Millionenlasten durch den Finanzdistrikt. Drei Nächte lang hält sich eine bis an die Zähne bewaffe nete Polizeiarmee gegen die Angriffe imaginärer Banditen bereit. Drei Nächte lang herrscht die Million, aller beschönigenden Erklärungen entkleidet, über den verlassenen Strassen und hält Hunderte menschlicher Geschöpfe in ihrem schreckensvollen Bann.

"Haben Sie 25 Cent für einen Obdachlosen übrig?...Süsse,saftige Aepfel gefällig?...ich habe Hunger..." Die Stimmen des modernen Babel schlagen in einer einzigen Symphonie zusammen. Die Bank zieht um.

Verurteilter Nazi. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Freitag der Oberlehrer Holz aus Berlin, bis vor kurzem noch Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses in sechs Fällen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; der Antrag des Staatsanwaltes lautete auf 500 Mark Geldstrafe. Oberlehrer Holz war exhibitionistischer Handlungen angeklagt. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, dass der Mahrheitsbeweis für die dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen durch die Beweisaufnahme erbracht sei. Ebenso habe die Beweisaufnahme gezeigt, dass von politischen Treibereien keine Rede sein könne. Vielmehr sei die Zeugin, die den Angeklagten am meisten belastet habe, politisch rechts eingestellt.

Neuer Bullerjahn=Antrag. Rechtsanwalt Rosenfeld, der Verteidiger des zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalters Bullerjahn, hat einen neuen Antrag an das Reichsgericht gestellt, um die Affäre Bullerjahn trotz der miss=glückten Vernehmung des französischen Leutnants Jost, doch noch in einem befriedigenden Sinne zu lösen. Rechtsanwalt Rosenfeld hat um die Vernehmung des Schriftstellers Berthold Jacob und des ehemaligen Volksbeauftragten Rechtsan=walt Oskar Cohn ersucht, denen gegenüber Jost geäussert haben soll, dass Buller=jahn der Verräter nicht sein könne, da er den Namen des wahren Verräters kenne.

Die direkte Vernehmung Josts stösst nach dem letzten Zwischenfall auf erhebliche Schwierigkeiten. Aus diesem Grund muss auf die indirekte Zeugenvernehmung zurückgegriffen werden. Rechtsanwalt Rosenfeld macht geltend, dass Bullerjahn nur auf Grund indirekter und nicht direkter Zeugnisse verurteilt worden ist.

Wildwest in Altona. Am Freitag mittag wurde in Altona auf offener Strasse ein Bankbote von vier Männern überfallen und unter Bedrohung mit dem Revolver seiner Aktentasche mit 20 000 Mark Inhalt beraubt. Die Täter entkamen.

Ermordete Verkäuferin. In Koburg wurde eine 21 Jahre alte Verkäuferin in ihrem Schlafzimmer ermordet aufgefunden; der Kopf wies eine furchtbare Schädel= verletzung auf, die offenbar mit einem Beile herbeigeführt wurde. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist der Freund des Mädchens festgenommen worden.Raub= mord wird nicht vermutet, obschon ein Raub durch den Täter, der alle Behälter des Zimmers durchwühlt hatte, offenbar vorgetäuscht werden sollte.

"Hitlerike". Ein Nationalsozialist in Hilden (Rheinland) hat seine neugeborene Tochter auf den geschmackvollen Namen "Hitlerike" taufen lassen. Das Standesamt musste, da es auch schon Bolschewikas und Stahlhelminen gibt, den Namen anerkennen.

<u>Die Nazis der Schupo</u>. In letzter Zeit wurden in Berlin fünf Offiziere und Offiziersanwärter der Schutzpolizei fristlos entlassen bezw. vom Dienste suspendiert. Die Massregelung erfolgte wegen aktiver Betätigung für die Nazis.

Unschuldig im Zuchthaus. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde in Aachen ein Schlachtereibesitzer, der vor drei Jahren wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war, freigesprochen. Seine Strafe hate te er bereits verbüsst.

Günter Plüschow eingeäschert. In Buenos Aires erfolgte die Einäscherung der sterblichen Ueberreste Günther Plüschows und seines Kameraden Dreblow, die beide bei einem Fluge in ihrem "Silberkondor" über dem Rico=See (Patagonien) abstürzten und tödlich verunglückten. Die Einäscherungsfeier im Krematorium des Kirchhofes Chacarita fand in Anwesenheit des deutschen Gesandten von Keller statt.

Einbruch bei gustav nagel. In Arendsee in der Altmark drangen Diebe in das Häuschen des Wanderpredigers gustav nagel ein und beraubten den Apostelseiner wenigen Habseligkeiten.

Sturmkatastrophe. Die im Indischen Ozean gelegene Insel Mauritius wurde durch eine Sturmkatastrophe heimgesucht. Zwei Dampfer und mehrere kleinere Schiffe strandeten. Zahlreiche Menschen kamen ums Leben.

Verhaftung einer Sportplatzhyäne. Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten den 22jährigen früheren Angestellten Kurt Meier, der in etwa 100 Fälle in Berlin und anderen deutschen Grosstädten Sportplatzdiebstähle ausgeführt hat. Seine Spezialität war, mit einem Tennis= oder Hockeyschlager bewaffnet, auf den Sportplätzen zu erscheinen, "Neues Mitglied" zu spielen und bei günstiger Gelegenheit sich in die Kojen einzuschleichen und zu stehlen, was sich nur irgend zu Geld machen liess. Meier hatte so auf vielen Sportplätzen eine unangenehme Atmosphäre des Misstrauens geschaffen.



Für die Bergarbeiter!

Grubensicherheit und Knappschaft.

SPD.Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Denkschrift vorge=
legt, in der über die Hilfsmassnahmen, die aus Anlass der Katastrophe auf der
Wenzeslausgrube ergriffen werden, Rechenschaft gegeben wird. Es sind insge=
samt 1 600 000 Mark an privaten und öffentlichen Mitteln aufgebracht worden.
Bei der Verwendung der Mittel handelt es sich nach der Denkschrift nicht al=
lein um Hilfsmassnahmen für die Opfer des Unglücks auf der Wenzeslausgrube,
sondern auch um eine erweiterte Fürsorge für Hinterbliebene auch zukünftiger
Unglücksfälle. Mit der Vorsorge für die Fürsorge bei künftigen Grubenkata=
strophen ist es nicht getan. Wir brauchen auch eine Vorsorge zur Verhütung
neuer Katastrophen.

Mit dem Schlendrian der Behörden, die für den Ausbau der Schutzmassnahmen auf den Gruben verantwortlich sind, muss endlich einmal Schluss gemacht were den. Oder ist es vielleicht kein Schlendrian, wenn jetzt festgestellt werden muss, dass auf der Grube Eschweiler Reserve das Gesteinstaubverfahren nicht eingeführt war. Wie das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, "Die Bergbausindustrie", feststellt, war sogar die Wasserberieselung, die vor dem Gesteinstaubverfahren gewöhnlich zur Bekämpfung des Kohlenstaubes benutzt wurde, ausser Betrieb. Man begnügte sich damit, die voll beladenen Wagen zu besprengen.

Die freiorganisierten Bergarbeiter hatten auf ihrer letzten Reichskonfe=
renz im Bovember des vergangenen Jahres ausdrücklich "Ausdehnung und gründ=
liche Durchführung des Gesteinstaubverfahrens auch in Bergbaubetrieben mit
schwer entzündlichem Kohlenstaub" gefordert. Sie waren also der Meinung, dass
Grüben mit Fettkohlenflözen schon alle gegen Kohlenstaubexplosion gesichert
sind. Jetzt nach dem Eschweiler Unglück müssen sie den Skandal feststellen,
dass es im Oberbergamtsbezirk Bonn überhaupt noch gar keine bergpolizeiliche
Sonderverordnung für die Durchführung des Gesteinstaubverfahrens gibt. Im Aa=
chener Revier gibt es noch mehr Gruben mit Fettkohlenstaub, so z.B. ausser
Eschweiler Reserve noch die Gruben Maria, Karl Alexander und Carolus Magnus.
Von den genannten Gruben werden auch grosse Schlagwettergefahren gemeldet und
bei Karl Alexander sollen in dieser Richtung ganz tolle Zustände bestehen.

Man hat das Nichtvorhandensein der Staubsicherung auf der Eschweiler Grube mit dem Hinweis auf starken Wasserzufluss entschuldigen wollen. Was von dies sem Gerede zu halten ist, zeigt die Tatsache, dass die anderen an sich trockenen Gruben mit Fettkohlenstaub auch keine Gesteinstaubsicherung haben.

Angesichts solcher Zustände braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn die Bergarbeiter immer stürmischer eine Reform der Bergbehörden und des Bergpolizeiverordnungswesens fordern.

Die Knappschaft steckt halb in der Pleite. Schuld daran sind nicht die Bergarbeiter sondern die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaus, die erst zu einer ungeheuren Vermehrung der Belegschaft und jetzt zu einem Rückgang gesführt hat. Die Folge ist, dass die Zahl der Leistungsempfänger im Verhältnis zur sinkenden Mitgliederzahl immer mehr zunimmt. All diese Dinge sind bereits zur Genüge erörtert worden. Jetzt handelt es sich darum, wie die Sanierungder Knappschaft erfolgen soll. Sie ist nicht möglich ohne Hilfe der Allgemeinsheit. Wie sich das Reichsarbeitsministerium die Sanierung denkt, darüber gab

Ministerialdirektor Dr. Grieser am Freitag im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Aufschluss. Er führte aus, dem Fehlbetrag von 85 Millionen würde die Erhöhung des Beitrages zur Pensionsversicherung von 8,5 auf 14,5 % des Lohnes entsprechen. Das bedeutete für die Bergarbeiter eine 3,6 %ige Belastung des ohnehin schon um 6% gekürzten Lohnes und für die Zechenbesitzer eine mittelbare Lohnerhöhung von 2,4 %. Der Vorschlag der Bergarbeiterverbände zur Deckung des Fehlbetrags einen sogenannten Förderzins, d.h. einen Aufschlag auf die Fördertonne einzuführen, sei, wenn nicht überhaupt, so doch für den Augenblick verfehlt. Unter Umständen würde sich die Invalidenversicherung bereit befinden, der Arbeiterpensionskasse eine Beihilfe von 12 bis 18 Millionen zu gewähren. Sie mache aber ihre Beihilfe davon abhängig, dass sie selbst im Verhältnis zur Angestelltenversicherung, d.h. bei der Rückzahlung der Steigerungsbeträge an die AV, entlastet werde.

Invaliden= und Angestelltenversicherung sollen also wieder einmal helfen. Dass die Angestelltenvertreter Thiel von der Deutschen Volkspartei und Schneider von der Staatspartei von einer Heranziehung der Angestelltenversicherung nichts wissen wollen, überrascht nicht. Dass sich die Invalidenversicherung nicht darum reisst, ohne jedes Entgegenkommen auch noch für die zur Hilfeleistung verpflichtete Allgemeinheit die Kastanien aus dem Feuer holen zu helfen, versteht sich angesichts ihrer eigenen Finanzschwierigkeiten von selbst. Es berührt deshalb etwas eigenartig, dass das Reichsarbeitsministerium von der Förderuabgabe nichts wissen will. Warum der damit von den Bergarbeitern emfohlene Weg keine brauchbare Lösung sein soll, hat das Ministerium bis jetzt (soweit Berichte über die Ausschussverhandlungen vorliegen) nicht klargelegt.

Die Sozialversicherung kann nicht überall einspringen, wenn auf der ansdern Seite nichts zur Belebung des Arbeitsmarktes und damit nichts zur Verbesserung der Finanzen der einzelnen Sozialversicherungszweige geschieht. Jedensfalls haben die Bergarbeiter ein Anrecht auf Hilfe, man kann ihre Pensionskasse nicht zusammenbrechen lassen oder ihre bereits durch den Lohnabbau geschwächten Einkommen noch einmal um 20 bis 30 % kürzen. Die Arbeiterschaft, wenn es ihr irgendwo schlecht geht, immer nur auf ihre eigenen, zum Teil gar nicht mehr vorhandenen Hilfsquellen zu verweisen und die Mittel der Allgemeinheit in Fässer ohne Boden wie Agrarhilfe und Wehretat zu schütten – ist das noch Gerechtigkeit?

SPD. ManchemIndustriellen scheint infolge der Lohnabbaupsychose jegliches Gefühl für Gesetz und Recht abhanden gekommen zu sein. Die Wildgewordenen möchten am liebsten alle Tarifverträge über den Haufen werfen. So hat in Windsteim: (Bayern) ein grösseres Gipswerk – es bestehen dort 3 Gipsfabriken mit einer Normalbelegschaft von rund 70 Mann – den Arbeitern vor der Wiedereröff-nung des Betriebes erklärt, der Tariflohn von 70 Pfennig pro Stunde werde nicht mehr gezahlt und für das Jahr 1931 werde keine Urlaubsvergütung mehr gewährt. Die Werksleitung will sogar die Betriebsräte abschaffen. Wer sich nicht fügt, soll sich eine andere Arbeitsstelle suchen.

Zwischen den Windsheimer Gipsfirmen und dem Fabrikarbeiterverband sind ein Lohn= und ein Manteltarif abgeschlossen. Der Lohntarif kann ab 31.März mit 4 Wochen Frist gekündigt werden. Der Manteltarif läuft bis zum 31.Dezember dieses Jahres. Das Vorgehen der Firma ist eine Kampfmassnahme. Wie es in den Wald schreit, so hallt es wieder heraus. Die Windsheimer Gipsarbeiter wollen sich nicht zu Sklaven herabwürdigen lassen. Sie appellieren deshalb an ihre Arbeitskollegen, Solidarität zu üben und Arbeitsangebote nach der Windsheimer Gipsindustrie abzulehnen. Gipsarbeiter meidet Windsheim!



Unwirtschaftliche Wirtschaftlichkeit.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit am Scheidewege.

SPD. Die öffentliche Mitgliederversammlung, die das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) seit längerer Zeit Freitags abgehalten hat, dürfte te wohl die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit wieder auf dieses Institutiene ken. Als das Amerikafieber nach der Stabilisierung der Mark nach Europa here überwechselte, gründeten die grossen Industriekonzerne, unter Führung von Siemens und gefördert vom Wirtschaftsministerium, ein Kuratorium zur Förderung der Rationalisierung in Deutschland. Das war das Reichskuratorium für Wirteschaftlichkeit. Der Zweck dieses Reichskuratoriums war "die Hebung der Wirteschaftlichkeit auf allen Gebieten der gesamten Wirtschaft", allerdings mit der Präzisierung, als "Vermittlungs= und Unterstützungsstelle zur Förderung der Rationalisierung in Deutschland". Die <u>Finanzierung</u> der Arbeiten des Reichskuratoriums wollte selbstverständlich die Industrie durchführen.Nur um sich einen gewissen Einfluss zu sichern, behielt sich das Reich "ganz bescheiden" ebenfalls die Zahlung eines Beitrags vor.

Leider begann das neue Unternehmen gleich mit einer bösen Panne. Schon im Gründungsjahr 1925 findet man im Reichshaushalt die Sätze "infolge der schlechten Wirtschaftslage werden diese Beiträge (der Industrie) nicht in genügender Höhe aufrecht erhalten werden können... Eine Beitragsleistung des. Reiches ist daher z.Zt. unumgänglich notwendig". Das war der "vielverspre chende" Anfang des Reichskuratoriums. Was ist nun in den 6 Jahren seines Bestehens aus ihm geworden? Die Antwort ist bedauerlicherweise vollkommen negativ: das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit besteht immer noch. Aber neber ihm haben sich zahlreiche Körperschaften entwickelt, die ebenfalls Rationalisie= rung und zwar, was das schlimme ist, mit öffentlichen Mitteln betreiben. Es ist dem RKW also <u>nicht einmal gelungen</u>, die Zentrale deutscher Rationalisie= rungskörperschaften zu werden. Um festzustellen, warum das so ist, muss man auf die Arbeitsweise des RKW näher eingehen. An sich haben sich die Irrwege der Rationalisierung, wie wir sie in Deutschland betrieben haben, berausgestellt. Wir haben ohne Rücksicht auf unsre Volkswirtschaft rationalisiert und die Folge einer übersteigerten Mechanisierung, die Ueberkapazität, trägt stark zu der Verschärfung der Krise in Deutschland bei. Ohne Zweifel ist auch die deutsche Technik in Nachahmung des amerikanischen Musters Irrwege gegangen. Nur langsam findet sie sich zurück. Vor allem fällt auf, wie man die Zusammenhönge zwischen Rationalisierung und Lohnpolitik glattweg übersehen hat. Es hiesse das RKW zu überschätzen, wenn man annimmt, dass es schliesslich daran hätte etwas ändern könnén. Aber das RKW hätte Kontrollinstanz sein müssen, deren Pflicht es war, beizeiten zu warnen. Das ist versäumt worden. So hat das RKW eine Arbeit geleistet, die, sowohl volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch betrachtet, absolut in der Luft schwebt. Den Problemen der deutschen Wirtschaft ist man bis heute auch nicht einen Zentimeter näher gekommen als am Anfang der Arbeiten. Nur in den <u>letzten Wochen des Februar 1931</u> zeigten sich magere Ansätze zu einer anderen Betrachtung der Dinge, aber auch nur deshalb, weil die Sozialdemokratie im Réichstag durchgesetzt hat, dass Reichsmittel für die deutsche Rationalisie= rung nur hergegeben werden, wenn sich das Reichskuratorium für Wirtschaftlich keit einmal ausführlich mit den sozialpolitischen Zusammenhängen der deutschen Rationalisierung beschäftigt.

.

Aber nicht allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt sind die Arbeiten des RKW bedenklich, sondern mehr noch vom finanzwirtschaftlichen. Denn heute zeigt sich, dass die ganzen Versprechungen und Verheissungen der Industrie, ei= ne deutsche Rationalisierungsbewegung materiell zu ermöglichen, reiner Bluff gewesen sind. Alle Barmittel bis zum letzten Pfennig, die das RKW seit seinem Be stehen erhalten hat, sind ausschliesslich vom Reich bezahlt worden. So hat das RKW im Laufe der Jahre 62 Millionen an Steuergeldern verbraucht. Bei dieser Sach lage besteht ein grosses öffentliches Interesse am RKW. Und darum wirken Fest= stellungen besonders befremdlich, die über die Verwendung der Reichsmittel durch das Reichskuratorium zu machen sind. Zunächst hat das RKW die Reichsgelder nicht nach den Richtlinien bei der Gründung zu ihrem grössten Teil zur Förderung der Rationalisierung verteilt sondern in erster Linie zum Aufbau einer neuen "Rati= onalisierungsbehörde" verwandt. Von den im Rechnungsjahr 1930 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von rund 600 ooo Mark wurden von dem Apparat des Reichskuratoriums selbst rund 300 ooo Mark verschlungen. Ueber 250 ooo Mark entfallen davon allein auf Personalkosten.

Der Personalaufwand des RKW steht in keinem Verhältnis zu den Leistungen. Zum Teil mag das daran liegen, dass neben von der Industrie abgebauten Ingeni= euren im Reichskuratorium ein erstaunlich hoher Prozentsatz von abgebauten Mi= litärs angestellt ist, deren geistige Verbundenheit mit den schwierigen Proble= men der Rationalisierung wohl kaum vom Reichskurátorium nachgewiesen werden kann. Volkswirtschafter gibt es im RKW unseres Wissens nur einen einzigen. Auch sonst hat man die Reichsmittel anscheinend nicht sehr pfleglich behandelt.Die leitenden Angestellten, die ihre Qualitäten bisher noch nicht bewiesen haben, erhalten Gehälter, die von Ministergehältern nicht sehr weit entfernt sind. Aus= serdem hat man - es waren ja Reichsgelder - anscheinend besonders den inneren Betrieb "rationalisiert", indem man das Direktionsbüro unter Hinzuziehung beson= derer Architekten komfortabel einrichten liess. Dem Zweck des Reichskuratoriums wurden dadurch Mittel entzogen. Die Vorwürfe über die Finanzgebahrung des Reichskuratoriums treffen allerdings auch die Aufsichtsbehörde, nämlich das Reichswirtschaftsministerium, dessen Referenten wohl in etwas zu vertrauensse= liger Weise die Dinge beim Reichskuratorium haben gehen lassen, ohne sich allzu oft einmal selbst dorthin zu bemühen.

Wieder ist es die Sozialdemokratie gewesen, die im Reichstag die notwendigen Beschlüsse zur Aenderung dieser Zustände durchgesetzt hat. Insbesondere hat sie erreicht, dass vom nächsten Jahre an alle Mittel, die das Reich für Ratio=nalisierungszwecke zur Verfügung stellt, im Etat des Wirtschaftsministeriums zentralisiert werden, um hier eine rationellere Bewirtschaftung vorzunehmen. Ausserdem muss auf Beschluss des Reichstags das Reichskuratorium so organisiert werden, dass es in erster Linie einer vernünftigen wissenschaftlichen Forschung über die Möglichkeiten der Rationalisierung in Deutschland und nicht der Unter-

bringung abgebauter Ingenieure und ehemaliger Offiziere dient.

Bisher sind in der Oeffentlichkeit recht häufig die Arbeiten des RKW unter dem Gesichtspunkt der Unwirtschaftlichkeit bekannt geworden. Alle Angriffe, die das RKW in der letzten Zeit deshalb aushalten musste, hätte es vermeiden können, wenn sich seine Geschäftsführung nicht so einseitig orientiert hätte, wie es anscheinend der Fall ist. Jetzt geben die Beschlüsse des Reichstags dem Reichskuratorium eine letzte Frist, um bei der Vorbereitung der Umorganisate on der deutschen Rationalisierung alle Erfahrungen, die es in den letzten Jaheren hat sammeln können, zu verwerten. Aber es wird Zeit, damit anzufangen.

Gefährliche Haussen.

Börsenbericht für die Woche vom 2.bis 7.März.

SPD. Berlin, den 7. März 1931

Wieder liegt eine Woche Börsenhausse hinter uns, obwohl die Konjunkturskurve weiter sinkt. Wenn die internationale Finanz= und Bankwelt nur die Hälfte der Energie und der Kraft für die Wirtschaft aufbringen würde, die sich nun das muss einmal gesagt werden - seit Wochen für die Inszenierung fester Börsen täglich von neuem vergeudet, dann könnte man hoffnungsvoller in die Zukunft sehen. Leider geht noch immer die eigene Tasche und das eigene Interesse den volkswirtschaftlichen Interessen voraus. Man nennt diese Politik "Optimismüs zur Ankurbelung der Wirtschaft". In Wirklichkeit ist es ein Spiel mit dem Feuer. Das haben die jüngsten Ereignisse an der Börse gezeigt.

Eine der Berliner Grossbanken musste sich im letzten Jahr unter dem Druck der öffentlichen Kritik entschliessen, ein "altverdientes" Direktionsmitglied abzubauen. Obwohl ihr diese Persönlichkeit während seiner langjährigen Tätig= keit bereits einige tausend Barren Gold gekostet haben mag, zahlte man ihr noch obendrein ein - sonst wohl nicht unterzubringende? - fürstliche Abfindungssumme. Mit dieser bewaffnet schloss sich der altbewährte Börsenspieler einer Privatbankfirma an und begann mit Hilfe seiner mitgebrachten Millionen eine Börsenhausse in einer Aktiengruppe zu inszenieren, die mehr als gefährlich werden muss, wenn sie einen gewissen Mindestkurs überschreitet. Es handelt sich um Kunstseidenaktien. Die Spatzen pfeifen von den Dächern, in welch kritischer Situation sich diese Industrie dank ihrer Fehlwirtschaft in den letzten 10 Jahren befindet. Die Abschlüsse der Kunstseidenkonzerne bringen Riesenverlüste und bleiben selbstverständlich dividendenlos. Besserungsaussichten sind nicht vorhanden. Der wilde Konkurrenzkampf an allen Märkten wird neue Verluste bringen, wie die englische Konkurrenz ihren Aktionären offen und ehrlich angekündigt hat. Unter solchen Aussichten werden nun die Kurse in wenigen Wochen üm das Doppelte gesteigert. Schon nähert man sich den Parikursen, obwohl für das laufende Jahr neue Verluste zu erwarten sind und eine Zusammenlegung der er= höhten Kapitalien über kurz oder lang nicht mehr zu vermeiden sein wird. Darf ein Privatbankier in der heutigen Not überhaupt in solche Aktien "überflüssi=" ge" Millionen einer Grossbank hineinstecken, um schliesslich seine teuren Aktien zu hohem Kurs an "Dumme" abzustossen, die nachher ihr Hab und Gut dabei verlieren? Sollte man diese Millionen und die offenbar doch noch vorhandenen Sparkapitalien, die hier fehlgeleitet werden, nicht besser zur Einstellung von Arbeitslosen ausnützen? Der heutige Kapitalismus spricht so viel von Verant= wortungsgefühl. Wir fragen angesichts solcher Vorgänge: Wo bleibt dieses Verantwortungsgefühl?

Aber das besagt noch garnichts gegenüber den Vorgängen im Blumensteinkon= zern. Rund 25 Gesellschaften haben sich in ihm zusammengefunden und mit Hilfe aller möglichen Sicherungsformen, insbesondere durch eine nach aussen blendende "Solidarhaftung", Kredit auf Kredit gehäuft, bis schliesslich ein Sümmchen her= ausgekommen ist, das man zwischen 50 und 100 Millionen Mark (davon entfallen 20 Millionen Mark auf die Engländer) schätzt. Und dabei sagt man, es gebe keine Kredite, aber es gebe eine Kapitalnot! Kurz und gut, allmählich hat die immer schlechter werdende Wirtschaftslage dazu geführt, dass der Konzern seine Zinsen, die bei nur 50 Millionen Mark Schulden mindestens 5 bis 6 Millionen im Jahr betragen, nicht mehr zahlen kann. Was geschieht? Statt dass die Bankeh, die offenbar planlos Millionen auf Millionen in diesen Konzern hineingepumpt haben, die Konsequenzen daraus ziehen und die aus dem Fenster hinausgeworfenen Millionen in ihren Büchern streichen, wie es ja doch die Zukunft einmal er= zwingen wird, wo man Fehlinvestierungen vorgenommen hat, pumpt man für den Quartalstermin wiederum 2.5 Millionen Mark an den Konzern. So will man erst einmal die fälligen Zinsen - natürlich pro forma - bekommen. Was dann geschehen wird, darüber "beraten" die Banken. Das ist nicht Krisenbekämpfung, sondern unverantwortliche Verschleppung notwendiger Bereinigung auf Kosten der Gesamt heit.

Man muss sich darüber klar sein, dass aller Lohnabbau, den man ankündigt, aller Kampf gegen die Arbeitszeit und gegen die Sozialversicherung nichts anderes bedeutet als den Versuch, die so er übrigten Summen für die aus kaufmänni= scher Unfähigkeit entstandenen Kapitalverluste zu verwenden. Dass das praktisch nie möglich sein wird, das will man nicht wahr haben. So geht man Fehlwege. Wenn man sich doch endlich entschliessen würde, auf die nur in den Büchern stehenden Kapitalien zu verzichten, die, soweit sie überhaupt vorhanden sind, nichts an= deres als Uebergewinne darstellen, dann würde die vorhandene Kapitaldecke schon ausreichen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und gesund zu machen. Vorerst aber erscheint es den verantwortlichen Kreisen wichtiger mit teuren Börsenhaussen für sich selbst zu sorgen. Kam in den vergangenen Wochen einmalan einzelnen Tagen ein Ansatz zur Vernunft, so wurde er schnell mit der Hausse= peitsche von der Börse verjagt. So können die Spekulanten allerdings auf neue und stattliche Wochengewinne zurückblicken. Dass die Wirtschaft darüber immer mehr zugrunde geht, darüber scheint man sich keine Sorgen zu bereiten. Man schwelgt in Optimismus und lässt die täglichen Arbeiterentlassungen in allen Industriezweigen im Schatten der steigenden Börsenkurse verschwinden.

SPD. Sowjetrussland hat vor einigen Tagen an ein deutsch=holländisches Konsortium von Getreidehändlern rund 135 ooo Tonnen Roggen verkauft und zwär zu dem Spottpreis von 53 Mark pro Tonne. Zu derselben Zeit kostete der Roggen in Berlin etwa 165 Mark. Die Reichsregierung befürchtet nun,dass dieser Russen=roggen von Rotterdam nach dem Rheinland eingeführt wird und dem deutschen Roggen dort unliebsame Konkurrenz macht. Deshalb erhöhte sie den Roggenzoll über Nacht von 15 auf 20 Mark, um die Einfuhr des russischen Schleuderroggens zu verhindern.

Die Auswirkungen dieser Zollerhöhung haben sich bereits am Freitag ander Berliner Produktenbörse gezeigt, wo der Roggenpreis stärker anzog. Die Zollerhöshungen müssen unbedingt zu Preissteigerungen führen, da noch genügend Vorräte an deutschem Roggen vorhanden sind. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, dass gesen ein derartiges Dumping, wie es die Russen jetzt mit Hilfe des deutschen Gestreidehandels inszeniert haben, etwas getan werden muss. Das fortwährende Anziehen der Zollschraube können wir aber nur mit erheblichem Misstrauen betrachten. Es ist vor allem zu befürchten, dass die Regierung den jetzt erhöhten Zoll im Sommer nicht ermässigen wird. Fällt nun die künftige deutsche Roggenernte etwas schlechter aus als im letzten Jahr, was bei der erfolgten Einschränkung des Roggenbaus schon möglich ist, dann werden wir auf die Einfuhr ausländischen Roggens angewiesen sein und dann wird sich der Zoll voll auswirken und das Brot verteuern.

Unser Misstrauen wird durch die Stellung des Reichsernährungsministerfums in der Weizenzollfrage gestärkt. Deutscher Weizen hat heute Seltenheitswert und die Terminpreise für Weizen liegen über 300 Mark. Wir haben Weizenknapp= beit in Deutschland. Die Regierung aber hält es nicht für angebracht, den über= höhten Weizenzoll zu senken.

SPD. In Berlin wird z.Zt. die <u>Alarmnachricht</u> verbreitet, die Stadt Berlin wolle rund 100 städtische Gesellschaften auflösen. Dazu ist zu bemerken, dass gide Stadt Berlin überhaupt nicht so viel Gesellschaften besitzt. Völlig im Besitz der Stadt befinden sich 21 Unternehmungen. Dazu gehören die Verkehrs- und

die Elektrizitätsgesellschaft, die Stadtgüter usw. Hier wird selbstverständlich an keinerlei Veränderung gedacht. An weiteren 17 Gesellschaften ist die Stadt beteiligt und zwar liegt die Beteiligung zwischen 0,03 bis 99,6 % des Aktien= kapitals. Bei den hohen Beteiligungen handelt es sich um die Wohnungsfürsor= gegesellschaften. Der Beteiligungspartner ist bei diesen Gesellschaften in der Regel der Staat. Auch hier bleibt alles beim Alten. Allerdings hat sich ein Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung mit Vereinheitlichungsplänen be= schäftigt und zwar bandelt es sich dabei um die Zusammenlegung der Baugesell= schaften, die bisher aber keineswegs spruchreif ist und gegen die wirtschaft= liche Bedenken sprechen; die Ueberführung der Anschaffungsgesellschaft in eine Dienststelle und die Auflösung der aus der Inflationszeit stammenden Berliner Erholungsheim G.m.b.H., Veränderungen bei der Berek (Litfassäulengesellschaft) und bei der Berliner Brennstoffgesellschaft, wovon in letzter Zeit ebenfalls die Rede war, kommen vorerst ebenfalls nicht in Frage.

SPD. Vor dem Landesgericht in Prag hat "Der unbekannte Diktator" aber-

mals eine Gastrolle gegeben.

Der Berliner Schriftsteller Rudolph Philipp hat in dem Buch "Der unbekannte Diktator" die Arbeits- und Geschäftsmethoden des tschechischen Schuhfabrikanten Bata kritisiert. Darauf kam es zu einem Rattenschwanz von Prozessen. Einer wurde jetzt in Prag abgewickelt. Ein faschistisches Abendblatt in
Prag, der Express, hatte nämlich in grosser Aufmachung die Sensationsnachricht
gebracht, Philipp wäre reichsdeutscher Industriespion, der bei den Skoda-Werken versucht hatte, Industriespionage zu treiben, und auch von Bata wegen Industriespionage entlassen worden sei. Das Blatt berief sich hierbei auf einen
gewissen Stephan Kertesz, der als Zeuge in einem früheren Bataprozess behauptet hatte, es weren Philipp durch Bata 40 ooo Mark angeboten worden, damit er
sein Buch "Der unbekannte Diktator" zurückziehe. Kertesz hatte sich fälschlich als Direktor des nicht existierenden Luxemburger Stahlkonzerns Photomatongesellschaft ausgegeben. Im Verlauf der Verhandlungen widerrief die Redaktion des "Express" alle Beschuldigungen gegen Philipp, verpflichtete sich,
die ziemlich hohen Prozesskosten zu bezahlen und auf der ersten Seite des
Blattes den Widerruf zu veröffentlichen.

SPD. Die Konsumgenossenschaft Berlin hat in den ersten zwei Dritteln des laufenden Geschäftsjahres (Juli 1930 bis Februar 1931) trotz aller durch die Wirtschaftskrise bedingten Hemmungen und ungeachtet der Preisminderung in fast allen Warengattungen ihren Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nicht nur mengenmässig, sondern auch wertmässig zu steigern vermocht. Der Umsatz in den acht Monaten betrug im Geschäftsjahr 1929/30 = 52,95 Millie onen Mark, im Geschäftsjahr 1930/31 hingegen 53,03 Millionen, sodass eine Umsatzerhöhung von 73 900 Mark = 0,14 % festgestellt werden kann. Mengenmässig ist auch im Februar 1931 ein höherer Umsatz erzielt worden als im Februar 1930.

SPD. Die <u>Bayrische Vereinsbank München-Nürnberg</u> verteilt wie im Vorjahr 10 % auf die Stammaktien und 6 % auf das dividendenberechtigte Vorzugsaktien-kapital.

Höherer Roggenzoll wirkt.

(Berliner Getreidebörse vom 6. März.)

SPD. Die Erhöhung des Roggenzolls hatte an der Berliner Produktenbörse am Freitag eine befestigende Wirkung zur Folge. Das Angebot an Tare war weiter sehr knapp, während sich auf der anderen Seite eine rege Nachfrage der Mühlen und des Handels nach promptem Roggen bemerkbar machte. Infolgedessen konnten die Kurse für prompte Ware um 2 bis 3 Mark und am Markte der Zeitgeschäfte et= wa im gleichen Umfang anziehen. Weizen wurde hierdurch gleichfalls beeinflusst und hatte Preisaufbesserungen am Lokomarkt von etwa 1 Mark zur Folge, während der Markt der Zeitgeschäfte nur geringfügige Veränderungen aufwies. Auch hier war das Angebot knapp und die Nachfrage gross. Es scheint, dass auch die ungünstige Witterung Einfluss auf die Marktlage ausübt, da diese eine rechtzeitige Frühjahrsstellung mit Sommerweizen verhindert. Am Mehlmarkt zeigten sich noch keine Auswirkungen der neuen Lage. Die Forderungen der Mühlen lauten unverändert, während die Kauflust ausserordentlich gering ist. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot ist gering, reicht aber aus, um die Nachfrage zu decken. 5 Warz 6 Marz

*			المعال	1112	O a Mar 2
,		(8	b n	närkische	Station in Mark)
Weizen	Industriegerste	29] -	- 293	291 - 293
Roggen		16	6 -	- 168	168 - 170
Braugerste		2:	.0 -	- 218	212 -220
		10	94 -	- 210	195 - 211
Hafer				- 154	148 - 155
Weizenmehl		34 .5	50 -	40,75	34,50 - 40,75
Roggenmehl				- 27,50	24.70 - 27.70
Weizenkleie				- 12,10	12.00 - 12.40
Roggenkleie				- 10,90	10,75 - 11,75.
			_		

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Marz 302 und Brief, Mai 306 - 305, Juli 3054-305. Roggen März 1872-187, Mai 1933-1932, Juli 196 bis

195. Hafer Marz 159-159 Geld, Mai 169 und Brief, Juli 177 .

Berliner Viehmarkt.

(6.März)

SPD. Auf dem <u>Schweinemarkt</u> wurden die Preise nach unten korrigiert, jedoch liegen sie immer noch über dem Stand des Marktes vor 8 Tagen. Reste der Preisgewinne vom letzten Markt sind also geblieben. Das Geschäft war glatt bei genügendem Angebot. Auch der Auftrieb an <u>Kälbern</u> und <u>Hammeln</u> genügte. <u>Rinder</u> varen nicht genügend aufgetrieben. Bei glattem Geschäft gab es anziehende Preise

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 33-40 (voriger Markt 31-37), b) 27-32 (25-30), c) 24-26 (23-24), d) 20-23 (20-22). Kälber: a) - (-), b) 58-66 (58-65), c) 50-60 (50-60), d) t 30-42 (30-43). Schweine: a) (über 300 Pfund) 50-52 (53-54), b) (240-300 Pfd.) 50-52 (53-54), c) (200-240 Pfd.) 49-52 (52-54), d) (160-200 Pfd.) 45-50 (48-52) e) (120-160 Pfd.) 43-46 (45-47), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 46-48 (59-50).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNG SBEILAGE DES S+P+D

Berlin, den 6.März 1931.

Kameraden.X

Von I. Sandy.

SPD. Vor dem Arbeitsnachweis standen lange Reihen schweigsamer Männer: Ausgestossene, die alle Hoffnung aufgegeben hatten, und andre, die sich noch jeden Morgen bürsteten und rasierten, weil sie noch an ein glückliches Schicksal glaubten. Es waren junge und ältere Männer, namentlich ältere, denn die Arbeit gibt zuerst diejenigen preis, die ihr während vieler mühevoller Jahretreu gedient haben.

In der Nähe hielt ein Luxusauto. Eine atemlose Dame stieg pustend und umständlich aus. Da erscholl plötzlich aus den Reihen der Arbeitslosen eine heise re Stimme: "Ja, das kann denen so passen! 24 Pferdekräfte, um eine Kuh zu ziehen!" Die Andern lachten nicht gerade sehr, denn diese Gewohnheit hatten sie längst abgelegt. Sie seufzten nur beifällig. Der zerlumpte Arbeiter von etwa fünfzig Jahren führ fort: "Ja, das muss ich wirklich sagen! Ein ganzes Jahr lang bin ich jetzt beschäftigungslos, und wohin ich mich auch wende - immer wer de ich abgewiesen. Warum? Weil ich zu alt, Ihr jungen Burschen werdet schoh etwas finden. Wir Alten aber nicht! Wisst Ihr, was mir eines Tages einfiel? Ich färbte mein Haar. Ja, ich bin nämlich nicht schwarz, wie Ihr meint; mein Haar ist weiss. Ich wollte versuchen, jung zu erscheinen. Es half jedoch nichts denn'ich konnte ja mein übriges Aussehen nicht verändern. So geht's, wenn man alt wird, Kameraden! Passt nur auf! Ihr endet nicht anders! Seht Euch doch nur mal die da an! Sogar ihr Köter hat einen Paletot! Der ist obendrein noch besser als unsrer. Sogar ein Taschentuch hat er in der Tasche! Haha - dass ich nicht lach! - ach, Madamchen, ob der Hund wohl mit mir tauschen würde - was?" "Hör doch schon auf, Grouchoux!" sagte sein Hebenmann. "Was nützt denn

Nach einer halben Stunde schlenderte Grouchoux heimwärts. Er hatte keine Ursache, sich zu beeilen. Wieder mal abgewiesen! Nach Hause - ja - in das schäbige Loch in jenem dreckigen Hinterhof. Ein Dach überm Kopf und eine zerlumpte Matratze auf dem Fussboden - das war sein Heim. Aber - Gott - das ist ja garnicht mal so wenig.... Auf einmal gewahrte er in einer Ecke einen kleinen Auflauf. Wonach die Menschen wohl so neugierig glotzten? Das musste etwas ganz Kleines sein, denn alle blickten zu Boden.

Es war ein Affe.

Jetzt fiel Grouchoux ein, auf dem Boulevard ein Zirkuszelt gesehen zu haben. Heute Morgen war es verschwunden. Der kleine Affe war vermutlich ausgerissen. "Entlaufen?" rief ein kleiner Junge. "Nein - das glaub' nur ja nicht! Ich sah, wie einer der Knechte das kleine Tier in den Dreck warf. "Das Vieh kann-nicht mehr arbeiten," sagte er, "es ist zu alt, und da will ihn der Direktor nicht mehr mit herumschleppen." Er sagte mir, dass das immer so gehandhabt würde, wenn solch ein Tier keine Kunststücke mehr machen könnte! Raus damit! Schluss!"

"Schweig," unterbrach ihn der Alte. "Man soll sich über derartige Vorgänge nicht noch lustig machen. Davon verstehst Du nichts. Das kommt aber noch, wenn!s Dir selbst mal drecki; geht. Halte aber vorläufig lieber Dein ungewaschenes Maul!"

Grouchoux betrachtete den kleinen Affen, der gearbeitet hatte und nun

1.1

ausrangiert worden war. Die Augen des Tieres waren angsterfüllt und bettelten am Hilfe. "Das sollte nicht erlaubt sein," meinte eine Frau. "Wenn solch ein Tier gearbeitet hat wie ein Mensch, so müssten sie es auch behalten und versorgen. selbst wenn es alt wird."

"Soooo?" lachte Grouchoux bitter. "Herrschen in Deinem Lande etwa solche Zustände, dass man auch die alten Burschen behält, wenn sie nicht mehr so viel taugen? Oh - verrate mir doch, wo das ist - ja? Ich glaube wohl, dass man massenweise dorthin auswandern wird! Ich bildete mir übrigens ein, dass man nur uns Menschen so behandelt, - aber die Tiere...." Er ging auf den Affen zu und reichte ihm seine Rechte, die dieser gleich mit seiner kleinen, wolligen Hand ergriff. "So ist's recht," murmelte der Alte. "Wir sind Kameraden - wir zwei beiden! Es ist lange her, dass mir jemand die Hand gedrückt hat. Und dann muss gerade ein Affe der erste sein. Ich kann ihn nicht so ohne weiteres verlassen. Nein. Du. wir zwei sind Arbeitslose und Kollegen. Du sollst mit mir kommen! Julle sollst Du heissen. So nannte mich meine Mutter, als ich klein war. Niemand nennt mich heute mehr so. Also, Irrtümer sind wohl ausgeschlossen. Aber dieser Name wird mich an meine Kindheit erinnern." - - - Er nahm Julle auf den Arm und redete auf ihn ein, während er weiterging. "Ja, ja, wir werden alt, Du! Was ist denn da? Mein Gott - ein Bananenwagen. Bist wohl hungrig, was, Kamerad? Das bin ich auch! Aber mit dem rrühstück wird's heute Essig. Was? Siehst gar traurig aus? Aber eine Banane ist teuer! 70 Centimes! Na - wir wollen mal fragen. Sagen Sie mal, gute Frau, wieviel kostet denn eine Banane? Für den kleinen Affen nämlich. Den haben sie rausgeschmissen, weil er zu alt geworden ist, um Faxen zu machen."

Die dicke Bananendame betrachtete einen Augenblick lang den Menschen und den Affen. "Bitte," sagte sie und reichte ihm eine grosse Banane.

"Ja, das heisst, was kostet sie denn?"

"Nichts," - und sie fügte flüsternd hinzu: "Sie dürfen morgen gern wiederkommen!"

Dem alten Grouchoux war, als ob die Sonne neuen Glanz bekäme. Er hatte zwar für sich selbst nichts zu essen. Er musste den Hungerriemen ganz eng schnallen. Aber - es gab also doch noch gute Menschen! Ach - das tat so wohl - bis ins Herz hinein. Er fühlte sich jung. Hoffnung und Glauben stiegen in ihm auf. Am liebsten hätte er laut gesungen, während er dahintrabte; so zuversichtlich und hoffnungsfroh war ihm zumute - wie in seinen jungen Tagen....

Melancholie überm Hafen. X

SPD. Hamburg hat lange keinen solchen Schneewinter erlebt wie 1931. Weisskuppig blickt die Seewarte über die Landungs- und Fährbrücken. Der grünbehelmte "Michel" (Michaeliskirchtum) hat sich die flockige Mütze tief ins Gesicht gezogen, und die Flocken wirbeln immer "so eben weg". Es ist ein weisser Tanz über der Elbe. Liegt es daran, dass die Symphonie der Arbeit von den Werften so gedämpft klingt? Fängt der Schnee den Schall des ewigen Schaffens auf? Die Helgen stehen bei Blohm und Voss, aber der Kran scheint doch grosse Ruhe zu haben. Er schwingt kaum ein paar Mal am Tage aus, und wenn man so hinüber- blickt, sieht man keine grossen Bauten. Die Vulcan-Werft, eine der stolzesten und grössten der Welt, ist längst verschwunden (man erinnert sich, wie bei einem Sturm die ins Ausland verkauften Docks auf dem Seetransport vernichtet wurden), und das Klingen und Brummen der Niethämmer ist leise geworden in diesen letzten Monaten.

Drüben, an den Vorsetzen, sieht man die dunkle Masse der Hafenarbeiter, die vor den Büros auf Arbeit warten. Noch vor ein paar Tagen waren überall die Planken mit roter Farbe bepinselt: "Streik im Hafen", und es wirbelte von

Flugblättern der kommunistischen Partei. Hier und da war es mulmig. Man ging besser dem Baumwall, dem Johannisbollwerk, den Vorsetzen aus dem Vege, denn dort drängten sich die Gruppen in hitzigen Debatten: "Keen Arbeit und denn noch verrtig Penn weniger de Schicht!" Eine verständliche Erregung: die Meisten haben ja nur drei oder vier Tage zu tun; da spielt die Lohnreduzierung schon eine Rolle. Doch die Ruhe behielt die Oberhand. Es wurde nichts aus dem Streik. Die Arbeiter erhoffen durch die Herabsetzung zum Frühjahr größere Beschäftigungsmöglichkeit.

Die gemietete "Elbetaxe" - es gibt ja Barkassen, die nach dem Kraftdrosch kentarif mit tackendem Motor und tickendem Taxameter lahren. - saust durch den Strom. Sie bracht sich keinen "Weg bahnen"; so viel ist auf der Elbe nicht mehr los. Bald quert sie in den Waltershofer Hafen hinein, und dort beginnt die lange Reihe der toten Schiffe. Es sind nicht die schlechtesten Kaliver, die hier ausrangiert liegen, denn nicht die Gesellschaften bestimmen ihre Ruhe, nicht ihre Kapitäne: sie haben keine Kapitäne mehr, wie sie keine Mannschaften haben. Laderäume, Bunker, Kajüte und Mannschaftslogis sind gleich mässig leer, und nicht einmalier Platz auf dem Auslug hat eine Besatzung'. Der untere Schiffsleib, dessen rote Mennige die Tieflage zu bezeichnen hat, liegt. hoch, und überall schwärt der braune Rost, die Krankheit des unbewachten Eisen Wären es noch jene Schiffe, die der Fahrensmann "Seelenverkäufer" nennt, die oft kaum zu identifizierenden Nationalitäten gehören! Aber nein, es sind moder ne, zweckmässig gebaute Frachtdanpfer aller Grössen, Arten und Zwecke, und wenn man die Häfen weiter durchfährt, so findet man selbst die flinken Fischdampfer, selbst kleinere Kähne und die behäbigen Leichter, die Lastträger der Flüsse. Sogar die schweren Giganten der Getreideheber zeichnen sich mit ihrem Schwarz vor den Winterhimmel - und bis hinein in den Griesenwärder Hafen, die modernste Hafenanlage der Welt, von Hamburg gebaut, um ein seetiefes Gewässer modernster Anlage als Gegengewicht gegen die schon früher spürbare ausländische Häfenkonkurrenz zu besitzen, "wimmelt" es von den reglosen, leise im-Wasserrollen jumpenden Dampfern. Im Maakenwärder Hafen liegen die kleineren Kalibera Motorsegler buntester Charaktere, Küstenfahrer und was es so gibt. Es ist ein Wald von Masten, Ladebäumen, Schornsteinen, und, wie man mir sagt, ist inzwischen die kürzlich amtlich ausgegebene Zahl von 120 Schiffen schon weit überholt und wird voraussichtlich noch weiter steigen.

Der Hamburger könnte es verstehen, wenn - wie zuweilen im Vinter - die Elbe von Eis starren würde, wenn ganze Berge dieses gefährlichen Naturprodukts sich an den Pfeilern der Elbbrücken und den Dückdalben des Hafens stauen würden. Aber zu jenen Zeiten kräuselte sich doch Rauch aus den Schornsteinen der "Aufliegenden". Wenigstens die Küchen waren in Betrieb; der Schnee schmolz auf ihren Decks, und die Mannschaft hatte vierzehn Tage Winterruhe zwischenden grossen Fahrten. Jezt häuft sich die Schneedecke an allen Kuppen; jetzt wird nicht geteert und gepinselt; die liebsten Beschäftigungen des Seemanns in den Häfen haben auch ihren Sinn verloren, und das ganze düstere, tragische Bild ist eine Tatsachenillustration des aktuellen Begriffs "Weltwirtschafts- krise". Hier sieht man in greifbarer Statistik ihre Auswirkungen für die stolze Hansestadt an der Elbe.

"Die Weltwirtschaftskrise allein" - so führte mir kürzlich eine leitende Persönlichkeit der Schiffahrt aus - "erklärt dieses Bild nicht. Dann würden nicht grösste Gesellschaften selbst noch brauchbare Schiffe "verschrotten", das heisst: als Alt-Eisen verkaufen. Vielmehr sind die Belastungen des Frachtverkehrs durch Steuern, allgemeine Lasten und höhere Löhne, als im Ausland gezahlt werden, Anlass. Unzählige Waren gehen nicht mehr via Hamburg, sondern via Rotterdam und über andere Häfen nach Deutschland, weil das "Löschen" (Ausladen) dort wesentlich billiger ist. Ein Hafenarbeiter in Rotterdam verdient in seiner Schicht 3 Gulden, bei uns nach dem neuen Abkommen 4½ Galden, also 50 % mehr - aber da wir wirtschaftlicher arbeiten, ist das noch nicht einmal so schlimm wie die gesamte steuerliche Verschachtelung. Das Reich befindet sich natürlich selbst in einer Finanzkrise und weiss kaum einen Ausweg,

À.

wenn es von allen Seiten zu Steuerermässigung gedrängt wird. Aber gewisse Zweige der deutschen Schiffahrt sind eben unter den obwaltenden Verhältnissen nicht kolkurrenzfähig, und tatsächlich ist die gesamte Tonnage der Welt für den Bedarf des durchschnittlichen Verkehrs zu hoch. Früher kam es in Konjunkturzeiten vor, dass manche Fracht nicht so schnell befördert werden konnte. Heute gäbe es selbst bei einer plötzlichen Hochkonjunktur noch zuviel Schiffsraum. Die neuen, gewaltige Wassermengen verdrängenden Bauten in allen Schiffahrtsländern befördern wesentlich schneller und sicherer als vor dem gros sen Krieg. Hoffen wir also, dass die allgemeine Lage und die Möglichkeiten des Staates sich bessern, ehe auch noch jene leistungsfähige deutsche Handelsflotte durch Stilliegen verdirbt und verrostet, die auch heute noch in aller Welt als Vorbild gilt, und dass bald wieder das gewohnte lebendige Bild im Hafen auflebt, das wir Hamburger alle so lieben – sonst sind die endlichen Auswirkungen unabsehbar!"

Ist das schon Optimismus? Wenn ja, so ein sehr vorsichtiger - und wenn nein, dann drücken diese letzten Worte nur eine Hoffnung aus, die wir alle noch haben, die uns aber vorläufig keinen Schritt weiter führt. Eines aber sagen auch sie: Hamburgs Hafen darf nicht sterben! Walter Anatole Persich.

Zarengeschichte.X

SPD. Es war gegen Ende der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Petersburg. Auf dem Thron der Romanows sass Zar Alexander II, vermählt mit einer hessischen Prinzessin. Bald wurde es in aller Welt ruchbar, dass der russische Machthaber alles andere als ein gutes Familienleben führte. Gerüchte von Liebesabenteuern und Skandalen machten die Runde im Kreise der mehr oder minder Eingeweihten. Die Untreue des Zaren blieb naturgemäss auch seiner Gattin nicht verborgen, deren Los trotz äusseren Glanzes und umfangreichster Prachtentfaltung seelisch tief beklagenswert war.

Diesmal war es die junge Gattin Olga des am Hofe tätigen Barons Mertens, die der genussüchtige, keine Moral achtende Zar sich zur Liebsten ausgesucht hatte. Erst versteckt, genossen die Beiden voll ihr Glück, bis der Skandal ausbrach und die Zarin von einer Freundin den Namen ihrer Mebenbuhlerin erfuhr und nun die Dinge sich in aller Öffentlichkeit abspielten. Der am Hofe begünstigte Gatte der Baronin wagte keinen Widerspruch, und auch die Freunde der Zarin hüteten sich, gegen das Tun des Machthabers zu opponieren, zumal da Alexander äusserst brutal werden konnte. Er selbst zwang zuweilen seine rechtmassige Gattin nach Art seiner grossen französischen Vorbilder, mit seiner Kurtisane freundschaftliche Unterhaltung zu pflegen.

Zwei Jahre waren so die Dinge hingegangen. Die Zarin grämte sich und vertiel des öfteren in Weinkrämpfe, sodass endlich auch ihr inzwischen zwölf Jahre gewordener Sohn auf die Spur des Jammers seiner Mutter kam. Und nun nahte eine verhängnisvolle Wendung. Eines Tages kam der Knabe mit seinem Erzieher über den Schlosshof, als eben gerade die Baronin Mertens aus einem der Räume über den Hof eilte und ihrem etwas entfernt haltenden Wagen zustrebte. In diesem Augenblick muss eine tiefe innere Ergriffenheit den jungen Thronerben gepackt naben. Er stürzte auf die Baronin zu, stellte sich vor sie und den Wagen und schrie mit gellender Stimme seinem Erzieher die Worte zu: "Dies ist die böse Frau, wegen der meine Mutter vor lauter Tränen fast erblindet." Die rücksichtslos anklagenden Worte des Knaben erschreckten die Baronin, zumal da noch andere Personen der Hofgesellschaft in der Nähe waren und sie gehört hatten. Sie stutzte, stiess dann aber den Jungen zur Seite und stieg schnell in ihren Wagen. Durch den Stoss war der Knabe ausgeglitten und in den Schmutz gefallen, sodass er sich angesichts der Hofgesellschaft die Kleider

säubern musste.

Dieser peinliche Vorfall versetzte dem Liebesskandal zwischen dem Zaren und der Baronin Mertens den Todesstoss. Sobald Irene von Hessen, die Gattin Alexanders, von dem Vorkommnis erfuhr, war sie über die Unbill, die dem Thronfolger durch die Mätresse des Zaren widerfahren war, aufs höchste entrüstet. Sie suchte die Baronin auf und stellte ihr die Bedingung, entweder sofort vom Hofe zu verschwinden und irgendwo in der Fener Selbstmord zu begehen, oder aber sie, die Zarin, würde sich angesichts der Hofgesellschaft unter Kundgebung der Ursache dazu selbst entleiben. Die Geliebte des Zaren hatte erkannt, dass ihr Verbleiben am Hofe nach dem Vorkommnis mit dem Thronfolger unmöglich geworden sei. Dazu kam auch ein Nachlassen der Liebe Alexanders, der bereits in einer neuen Liebe seine Lust befriedigte. Die Baronin entschied sich also für den ihr drohend gegebenen Rat, verliess den Hof, ihren Gatten und Russland und ging nach Kaschau in Ungarn. Mit reichen Geldmitteln ausgestattet, führte die gewesene Mätresse hier anfangs ein prunkvolles Leben. Ein ihr ergebener Diener sorgte für ihr Wohlergehen. Niemand aber erfuhr, wer die fremde, so unverhofft in die Stadt gekommene Dame war. Doch nicht lange währte das geheimisvolle Dasein. An einem Wintermorgen fand man die Fremde vergiftet in ihrer Wohnung. Nach Jahren erst wurde bekannt, wer sie gewesen war, und warum sie diesen furchtbaren Schritt getan hatte.

Der Zar Alexander hat nach der unglücklichen Baronin noch manche andere Mätresse gehabt. Seine Frau siechte ob dieser Erlebnisse dahin und starb noch in jungen Jahren. Alexander selbst wurde am 13. März 1881 (also vor jetzt fünfzig Jahren) durch die Bomben einer nihilistischen Verschwörung in Petersburg in Stücke gerissen. Sein Nachfolger auf dem Zarenthron wurde sein Sohn Alexander, der den Zusammenstoss mit der Liebsten seines Vaters gehabt hatte. kl.

Aegyptisches Proletariat.X

Von Universitätsprofessor Georg Steindorff.

SPD. Ein neuer Band der Propyläen-Weltgeschichte, der erste in der Gesamtreihe der zehn Bände, erscheint am 12. März unter dem Titel "Das Erwachen der Menschheit". Er enthält von dendann vorliegenden Bänden vielleicht das meiste Neue und Unbekannte. Denn man kann heute auf etwa 20 000 Jahre v.Chr. zurückblicken, während früher alle Geschichte um 5 000 v.Chr. einzusetzen pflegte. Wir entnehmen dem Band mit Erlaubnis des Verlages schon heute diesen Abschnitt:

Neben den drei hohen Berufsständen, den Beamten, Priestern und Soldaten, gab es einen Mittelstand, dessen Hauptbestandteil unabhängige Kaufleute und freie Handwerker, Tischler, Schuster, Goldarbeiter u.a. bildeten. Zu ihnen gesellten sich wohl auch Kleinbauern, die im Besitze eines Gütchens waren und dieses selbständig mit ihrer Familie oder mit ein paar gedungenen oder hörigen Arbeitern bewirtschafteten. Sehr gross war auch die Zahl abhängiger Arbeiter aller Art, die in einem gewissen Hörigkeitsverhältnis zu den Tempeln oder den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung standen. Dieser Klasse, die sich. etwa unserm Proletariat vergleichen lässt, gehörten u.a. auch die Friedhofsarbeiter an, die bei der Anlage der thebanischen Königsgräber, "der Stätte der Wahrheit", beschäftigt waren und in einem besonderen abgeschlossenen Viertel, auf der Westseite von Theben, wohnten. Sie waren militärisch organisiert und in Gruppen eingeteilt, die unter der Aufsicht von Vorarbeitern standen. deren Amt sich vom Vater auf den Sohn zu vererben pflegte. Die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter war übrigens nicht schlecht, wenigstens solange ihnen die fälligen Löhne in Gestalt von Lebensmitteln, Kleidern, Oelen ausgezahltwurden. Blieben diese freilich aus, und hielt, wie dies einmal unter Ramses III geschah, Hunger und Durst in der Arbeitersiedlung seinen Einzug, so kam es zu Unruhen; die streikenden Arbeiter rückten mit Weib und Kind aus der Totenstadt ab und suchten mit Gewalt von den vorgesetzten Behörden den ihnen vorenthaltenen Lohn zu ertrotzen. Das gelang ihnen auch unter der Bedingung, dass sie in ihre Wohnstätten zurückkehrten und die verlassene Arbeit wieder aufnahmen. Ausser diesen halbfreien Arbeitern, deren Freiheit in mancher Hinsicht, z.B. in der Freizügigkeit, sehr beschränkt war, gab es auch noch zahlreiche Unfreie, Sklaven, die sich besonders aus den Kriegsgefangenen rekrutierten. Manche davon sassen bequem als Haussklaven, als Diener oder Arbeiter in den Häusern der Vornehmen, in denen die Sklavinnen nicht selten als Konkubinen sich einer besseren Stellung erfreut haben dürften. Schlimm erging es nur den Ärmsten dieser Armen, die in die Steinbrüche oder Bergwerke geschickt waren und in ihnen ein trübseliges Dasein führten, von dem sie wohl nur der Tod erlöste.

Eine strenge, durch das Gesetz geregelte Scheidung der Berufsstände ist in Ägypten zu keiner Zeit durchgeführt worden. Wenn Herodot sieben Bevölkerungsklassen aufzählt, ausser den Priestern und Kriegern noch die Rinter- und Schweinehirten, die Kaufleute, Dolmetscher und Schiffer nennt, so meint er damit nur jene Teile des Volkes, mit denen er auf seiner Ägyptenreise hauptsächlich in Perührung gekommen ist, ohne ihre scharfe Trennung zu betonen. Ähnlich ist auch die Machricht Platons zu bewerten, der ausser den Priestern iden Stand der Handwerker aufführt, "von denen jede Gruppe unvermischt mit den anderen für sich ihr Handwerk betreibe", ferner dem er Hirten, der Jäger und der Bauern; nur der Kriegerstand sei von allen anderen geschieden gewesen, und "seinen Mitgliedernwar vom Gesetz jede andere Beschäftigung als die mit dem Waffendienst untersagt". So ist es denn auch ein grosser Irrtum, wenn man von ägyptischen "Kasten" redet und die ägyptischen Stände in Vergleich mit den indischen Kastensetzt, deren Wesen, besonders ihre schroffe Absperrung gegeneinander in Ehe und Speise den Ägyptern durchaus fremd war.

Wenn das Pharaonenreich unter den Königen der 18. Dynastie den Gipfelder Weltmacht erstiegen und ihn auch, trotz der Ausdehnung des Hetiterreiches noch unter der 19. Dynastie behauptet hat, so verdankt es diesen Erfolg nächst seinem schlagkräftigen Heere und seiner wohlorganisierten Verwaltung hauptsäch lich dem reichen Goldschatze, der ihm zur Verfügung stand. Wie gross er war, kann man aus der Fülle von goldenen Schmuckstücken und Geräten, dem aus reinem Golde gearbeiteten Sarge und der goldenen Maske ersehen, die aus dem Grabe Tutanchamun's ans Tageslicht gefördert worden sind.

Im Neuen Reich hat der Handel einen grossen Aufschwung genommen. Freilich im Kleinhandel auf den Märkten dürfte sich der Verkehr gegenfrüher nur wenig geändert haben; was durch Heimarbeit von selbständigen Handwerkern hergestellt war oder von den in den Werkstätten des Königs und der Tempel gefertigten, Erzeugnissen nicht verbraucht wurde, was an Vieh und Getreide im Haushalt zu entbehren war, wurde an Markttagen gegeneinander ausgetauscht. Dagegen hat sich der Grosshandel mit dem Auslande, der vermutlich Staatsmonopol war und von dem König als erstem und einzigem Handelsherrn zu Wasser und zu Lande betrieben wurde, durch die Erschliessung der vorderasiatischen Länder und durch die freundschaftlichen Beziehungen zu deren Fürsten überaus reich entfaltet. Wie schon erwähnt, wurde vor allem Gold aus Agypten ausgeführt, ausserdem Stof. fe, Papyrusrollen, Getreide, kunstgewerbliche Gegenstände; dagegen kamen aus Syrien Pferde und Wagen, Hölzer, an denen Ägypten wie noch heute ziemlich arm war, ferner allerlei Sorten von Oel, Bier und Wein, Schlachtvieh, Kupfer und Silber, aus den Südländern Weihrauch, Elfenbein, Ebenholz, Leopardenfelle und Gold.

Ein altrömischer Armenfriedhof. x

SPD. Innerhalb der Vatikanstadt, in deren Gebiet seit Jahrhunderten keine Ausgrabungen vorgenommen worden sind, wurden kürzlich aus Anlass eines päpstlichen Neubaus Erdarbeiten in der Nähe der Porta Angelica vorgenommen. Dabei stiess man auf Reste eines ausgedehnten heidnischen Begräbnisplatzes, dessen älteste Teile aus der Zeit der Flavier (Ende des 1. Jahrhunderts n.Chr.) stammen. Aus dem Gewirr der engen Gänge und Treppchen, aus der Kärglichkeit der ganzen Anlage zu schliessen, handelt es sich um einen Armenfriedhof, auf dem das römische Proletariat jener Zeit seine letzte Ruhestätte fand. Bisher sind 45 Grabkammern vom Typus der Columbarien freigelegt worden, von denen jede etwa einDutzend Nischen für Aschenurnen enthält und die heidnische Inschrift "Diis Manibus" tragt. Spätere, aus dem 3. Jahrhundert stammende Grabkammern enthalten bereits wischen zur Beisetzung von Leichen, wie man sie in den Katakomben findet. Spuren von Wandvemalung und Mosaikfussböden sind erhalten. Öffnungen in den Fussböden führen zu kleinen unterirdischen Räumen, die Reste von verkohltem Holz und verkalkten Knochen enthalten. Offenbar handelt es sich um einen frommen Brauch bei der Totenbestattung, demzufolge zuerst die Asche des Verstorbenen in der Urne geborgen wurde und dann die Reste des Scheiterhaufens in diesen Höhlungensorgfältig gesammelt wurden. Es ist ahzunehmen frühere Funde weisen bereits darauf hin -, dass der ganze Vatikanische Hügel einst von einem ausgedehnten Armenfriedhof eingenommen war, den die Via Triumphalis durchquert haben muss, die Strasse, auf der die Triumphatoren von den Höhen des Monte Mario nach Rom hinabzuziehen pflegten.

Auf diesem Armenfriedhof ruhen die Mühseligen und Beladenen, an die die Apostel Petrus und Paulus ihre Verkündigung des Evangeliums richteten. Hier wurde eines Tages die Leiche des als Märtyrer gestorbenen Apostels von wenigen Getreuen beigesetzt. An der gleichen Stelle erhob sich dann die schlichte konstantinische Basilika von St. Peter, um in späteren Jahrhunderten dem Meisterwerk der Bramante, Michelangelo und Bernini Platz zu machen.

Pius XI. hat verfügt, dass die Ausgrabungen ohne Rücksicht auf die Kosten mit der grössten Sorgfalt fortgesetzt werden sollen.

A. Dehio (Rom)

SPD. Der Film "Im Westen nichts Neues" in Bildern. Unter diesem Titel wird Mitte März im Emst Rowohlt Verlag (Berlin) eine interessante Publikation erscheinen, in der 200 Bildausschnitte aus dem von der Filmprüfstelle verbotenen Film in Buchform wiedergegeben werden.

SPD. Ein Opfer, das nichts kostet.* Der Kardinal Pedro Gonzalez de Mendoza wohnte am Weihnachtsmorgen einer Messe im Dom zu Poledo bei und schenkte aus diesem Anlass, wie es in der Renaissancezeit üblich war, ein brillantenbesetztes Zeremonienbuch, dessen Wert auf achtzigtausend Dukaten geschätzt wurde. Er blieb daraufhin lange vor dem Bilde der heiligen Jungfrau von Sagrario knien, bis sich endlich der Marquis von Cenete, sein Neffe, zu ihm beugte und ihm sagte: "Weine nicht! Ich verspreche, Dir den Schaden voll zu ersetzen."

SPD. <u>Dichterlohn.</u> Der Dichter Lodovico <u>Ariosto</u> liess sich ein kleines Häuschen bauen, wo er den Rest seines Lebens in Ruhe und Zurückgezogenheit zu verbringen gedachte. Ein Freund fragte ihn, warum er, der prunkhafte Paläste zu schildern wusste, sich mit einem ärmlichen Häuschen abfinden könnte. "Weil Worte billiger sind als Steine", war Ariostos Antwort.

Preußischer Landtag

SPD. Berlin, ben 6.März 1931.

23

Der Landtag überwies am Freitag zunächst einen Antrag auf <u>Hergabe von Hauszinssteuermitteln</u> für Umbau und Instandsetzung grosser leerstehender Alt-wohnungen an den Hauptausschuss. Dann wurde debattelos ein Antrag des Handels=ausschusses angenommen, der von der Regierung eine nochmalige Prüfung der Frage verlangt, ob die <u>Wenzeslaus=Grube in Schlesien</u> durch Unterstützung mit Reichs= und Staatsmitteln aufrecht zu erhalten ist. Gleichzeitig wird die Regierung ersucht für den Fall der Stillegung der Grube ausreichende Mittel für den Kreis Neurode zur Verfügung zu stellen, damit die zu entlassenden Arbeiter mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden können.

Es folgt die <u>dritte Lesung der Gesetzentwürfe über die Aenderung des</u> : <u>Finanzausgleichs und die Verlängerung der Gewerbe</u>. <u>Grundvermögens</u> und Hauszinssteuer.

In der Aussprache über den Finanzausgleich kritisiert u.a.

Abg. Neumann-Frohnau (DVP), dass das Gesetz keine Handhabe bietet, der Verschwendung der Gemeinden entgegenzuwirken. So gewähre man z.B. in Breslau den durch Altersgrenze in Ruhelohn tretenden städtischen Arbeitern durch Zuzahlung eines städtischen Zuschusses unter Nichtanrechnung anderer Leistungen 100 Prozent ihres früheren Lohnes. Einen solchen Luxus dürften sich Gemeinden in dieser Notzeit nicht erlauben. (Grosse Unruhe links!)

Der Redner begründet dann einen Antrag seiner Fraktion, nach dem die Staatsregierung 120 Millionen Reichsmark zur Unterstützung von Gemeinden in den Haushalt einsetzen soll, die durch Ueberbelastung mit Wohlfahrtsausgaben ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Andernfalls wäre es unmöglich,

Unruhen vorzubeugen.

Abg. Kleinert (Soz.):

Der Vorredner hat es für geschmackvoll gehalten, den Ruhelohn städtischer Arbeiter als Luxus zu bezeichnen. Diese Redewendung zeigt, was die Arbeiterschaft von der Volkspartei zu erwarten hat. Im übrigen ist die Behauptung des Abg. Neumann über die Höhe des Ruhelohns der städtischen Arbeiter in Breslau nicht richtig. Schon seit Jahrzehnten ist dort eine Regelung in dem Sinne getroffen, dass Renten auf Ruhelöhne nicht angerechnet werden dürfen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Gesetzentwurf über den Finanzausgleich mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die vereinigteOpposition angenommen. Der Antrag der Volkspartei, 120 Millionen Mark zur Unterstützung notleidender Gemeinden zur Verfügung zu stellen, wird dem Hauptaus

schuss überwiesen.

Hierauf werden die Entwürfe über die Verlängerung der Gewerbe-, Grundvermögens- und Hauszinssteuer mit derselben Mehrheit angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des Vertrages zwischen dem Staat und der

Volkabühne.

Abg. Schulz Neukölln (Komm.) wendet sich heftig gegen die Stillegung der Krolloper. Die Annahme des vorgelegten Vertrags würde ein Schandmal für den preussischen Staat sein.

Abg. König (Soz.):

Der Vorredner hat sich über die geplante Stillegung der Krolloper gewal=
tig entrüstet. Aber beim vorjährigen Etat hat er mit derselben Leidenschaft
den Antrag vertreten, sämtliche Staatszuschüsse zu den Theatern restlos zu
streichen. (Lebhaftes Hört, Hört! und Bewegung). Auch der Redner der Deutsch=

nationalen, Herr Koch-Berlin, tat gestern ganz unglücklich über die Gefahr, in der die Krolloper schwebt. Derselbe Herr Koch hat für die Deutschnationale Volkspartei am 28. Februar 1930 im Hauptausschuss die Erklärung abgegeben, dass seine Freunde keinen anderen Ausweg sähen, als die Krolloper zu schliessen, (Erneutes lebhaftes Hört! Hört!) Im Plenum hat er dann beantragt, den Betrieb der Krolloper einzustellen, Gleichzeitig hat er sich für den Antrag Lauscher ausgesprochen, die Staatsregierung aufzufordern, eine Auflösung des Vertrages mit der Volkabühne bezüglich der Krolloper auf gütlichem Wege herbeizuführen. Diese von Ihnen geforderte gütliche Lösung liegt jetzt vor. Aber während Herr Koch jetzt jammert, die Volksbühne verkaufe für ein Linsengericht ihren Anspruauf die Krolloper, hat er im vorigen Jahr den Finanzminister gebeten prüfen zu lassen, ob die Regierung nicht einfach den Vertrag mit der Volksbühne brechen könnte mit der Begründung, sie sei durch höhere Gewalt an seiner Ausfüh= = rung gehindert. So sehen die Herren aus, die sich heute als Hüter und Förde= rer der deutschen Theaterkultur aufspielen, (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte). Wir Sozialdemokraten haben stets gewünscht, dass die Krolloper er= halten bleibe. Wir hätten gewünscht, dass die Volksbühne in der Lage gewesen ware, ihren Anspruch auf Weiterbetrieb der Krolloper bis aufs letzte zu verteidigen. Wenn aber die Volksbühne sich durch den vorliegenden Vertrag hat ab = finden lassen, können wir nicht hartnäckiger auf ihren Ansprüchen bestehen, als sie es selber tut. Wir werden deshalb dem Vertrag zustimmen. Die andere Frage, ob nicht die Krolloper trotzdem durch Kürzungen auf Kosten der Lindenoper gehelten werden kann, werden wir bei der Beratung des Etats nachzuprüfen haben, (Beifall links)

Abg. Stendel (DVP.): Die Auskunft, die wir über die vorliegenden Rechtsverhältnisse erhalten haben, hat uns nicht genügt. Wir haben deshalb die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Vielleicht gelingt in ihm

der Nachweis, dass dieser Vertrag garnicht nötig ist.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Als Berichterstatter des Ausschusses möchte ich in meinem Schlusswort feststellen, dass das Tatsachenbild durch die Debatte lediglich verdunjelt worden ist. (Lebh. Zurufe bei der KPD.) Mit ihnen über Kulturfragen zu streiten, ist doch völlig aussichtslos. (Zurufe bei der KPD: Unverschämter Pfaffe! Dreckiger Jesuit!) Ich verbitte mir Ihre Flegeleien. (Vizepräsident Dr. v.Kries ruft den Redner zur Ordnung. Unruhe im Zentrum und bei den Soz.) Ausgangspunkt der ganzen Sache war der Wille des Zentrums und der Rechtsparteien dieses Hauses, das Defizit im Staatstheaterbetriebe unter allen Umständen zu verkleinern. Wir haben die Regierung deswegen beauftragt, mit der Stadt Berlin zu verhandeln. Das Ergebnis war rein negativ. Die Stadt Berlin weigert sich nicht nur, Zuschuss zu den Staatstheatern in Berlin zu lei= sten, sondern hält auch mutwillig an ihrem Konkurrenzunternehmen, der Städtische Oper, fest, ohne die sonst in ganz Deutschland der Gemeinde zufallenden Pflich ten gegenüber den Volksbühnen auf sich zu nehmen. Unter diesen Umständen ha= ben Zentrum und Rechtsparteien die Regierung beauftragt, mit der Volksbühne zu verhandeln. Unsere Absicht war dabei ausgesprochenermassen, die Krolloper zu schliessen und die Volksbühne dafür zu entschädigen. Wir konnten eseinfach nicht länger ertragen, dass der Staat für Berliner Theater 5,4 Millionen Zu= schuss zahlt, für Theater im ganzen übrigen Lande 1,2 Millionen. Glücklicherweise hat sich ein Weg gefunden, die Volksbühne abzufinden und die Krolloper zu schliessen. Geht der Landtag diesen Weg nicht, dann muss die Krolloper eben weiterspielen und die unerträgliche finanzielle Belastung des Staates fortdauern. (Sehr wahr! in der Mitte)

An der Abstimmung über den Vertrag beteiligen sich sämtliche Rechtsparteien und die Kommunisten nicht. Von den Regierungsparteien werden 209 Stimmen für den Vertrag abgegeben. Das Haus ist also nicht beschlussfähig. (Beif.rechts)

Es folgt der Etat des Landtages.

* Abg. <u>Kasper</u> (Komm.) führt Klage über die Zensierung der Kleinen Anfragen durch den Präsidenten und über den Lohnabbau im Landtagsrestaurant. Die Sozialdemokraten hätten brutal die Lohnbedingungen der dort beschäftigten Kellner verschlechtert.

Abg. Frau Kröger (Soz.): Die Verhältnisse des Personals im Landtagsres staurant sind durch Tarifvertrag geregelt. Dieser Tarifvertrag ist in vollem Einvernehmen mit dem Betriebsrat und der zuständigen gewerkschaftlichen Orga-

nisation abgeschlossen worden.

Präs.Bartels:

Eine politische Zensur der Kleinen Anfragen habe ich nie ausgeübt. Ich kann aber Anfragen, die gegen die Geschäftsordnung verstossen, nicht zulassen. Im übrigen ist mir die Meinung des Herrn Kasper und seiner Freunde über meine Amtsführung als Präsident völlig gleichgültig. (Sehr gut! links und in der Mitte). Um die angeblichen sozialen Misstände in der Landtagswirtschaft brauchte sich Herr Kasper gleichfalls nicht zu bekümmern. Er täte viel nützlicher daran, sich um das abgebaute Druckereipersonal der "Roten Fahne" zu bemühen. (Sehr gut!) Auch den Appell an mein soziales Gewissen kann sich Herr Kasper sparen. Was ich von der vom Landtag bewilligten Aufwandsentschädigung für soziale Zwecke verwende, kann sich sehen lassen. Aber am allerwenigsten Herrn

Kasper schulde ich darüber Rechenschaft. (Lebhafte Zustimmung)

Abg. Paul Hoffmann (Komm.): Als einziges Mitglied des Vorstandes dieses Hauses kämpfe ich schon seit Jahren gegen die Korruption im Landtagsrestau= rant. (Grosse Heiterkeit im ganzen Hause. - Zuruf: Seid doch stille: lasst doch den besten Gast der Wirtschaft reden! - Erneute Heiterkeit) Der frühere Pächter, ein Sozialdemokrat hat hier jährlich 45 ooo Mark verdient. (Abg.Rie= del: Beantragen Sie doch einen Untersuchungsausschuss! - Heiterkeit) Als ich das nachgewiesen habe, hat der Präsident von einem demokratischen und einem wirtschaftsparteilichen Gastwirt, die Mitglieder des Hauses sind, Gutachten eingefordert. Sie haben nach Prüfung erklärt: Die Rechnungen des Herrn Hoff= mann haben ein grosses Loch. (Schallende Heiterkeit) Trotzdem habe ich Recht. Jetzt hat der alte Pächter den Vertrag nicht wieder erneuert. Der neue Pächter hat einen viel günstigeren Vertrag. Ich bin als einziger für den alten Ver= trag eingetreten. (Allgemeine schallende Heiterkeit) Nur durch den neuen Vertrag ist der Lohnabbau der Kellner von 76 auf 73 Mark möglich gewesen. (Abg. Riedel: Darüber möchte ich gern mit Ihnen im Moskauer Rundfunk diskutieren! Abg. Schulz-Neukölln: Auf den Moskauer Sendern reden Sie nicht; daran hängen. wir Sie höchstens auf!)

Der Etat des Landtages wird genehmigt.

Beim Etat des Staatsrats protestiert Abg. <u>Kasper</u> (Komm.) dagegen, dass sein Präsident, der Schwerverdiener Adenauer, noch eine Aufwandsentschädigung beziehe. Die Auskunft der Regierung über den nationalsozialistischen Diätenschinder Sprenger sei unbefriedigend. Tatsächlich habe dieser Reinlichkeitssritter des Dritten Reiches doch 360 Mark Diäten in fünf Tagen zusammengestohlen. In den Augen der Kommunisten sei er ein gemeiner Betrpger. Die Parole der Nationalsozialisten, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, bedeute in der Praxisnur, dass die Nazis in unübertrefflich gemeiner Weise ihren Nutzen wahrnähmen, (Heiterkeit).

Der Etat des Staatsrats wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr, zweite Lesung des Gesetzes Gross=Berlin.

2

Land tags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 6. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag erledigte am Freitag den wichtigsten Teil der Etatarbeit: er nahm in dritter Lesung den Finanzausgleich für 1931 und die drei preussischen Steuergesetze Grundsteuer. Gewerbesteuer und Hauszinssteuer end= gultig an. Die Steuern sind nur insoweit geändert, als das durch die Notverordnungen und die Beschlüsse des Reichstages unvermeidlich war. So ist z.B. die Verzinsung der Aufwertungshypotheken von bisher 5 auf 7½ % erhöht worden, eine Zinserhöhung, gegen die sich Preussen vergeblich gewehrt hat, die aber von Thüringen, Braunschweig und anderen nationalsozialistischen Brechern der Zins= knechtschaft durchgesetzt worden ist. Die unvermeidliche Konsequenz war eine Herabsetzung der Hauszinssteuer um durchschnittlich 4 - 5 %, damit die Hausbesitzer ihren erhöhten Zinsverpflichtungen nachkommen können. Das hat einen schmerzlichen Ausfall im preussischen Etat zur Folge - übrigens auch eine Schädigung der notleidenden Kreise, denen bisjetzt die Hauszinssteuer erlassen worden war; aber wenigstens hat die Sozialdemokratie verhindern können, dass der für Neubauzwecke bestimmte Anteil an der Hauszinssteuer noch weiter verkürzt wurde.

Das Eigenartige an der Beschlussfassung des Landtages vom Freitag war, dass entgegen dem Vorjahr die Opposition keinerlei Versuch machte, die Verabschiedung der Steuergesetze zu verhindern. Sie befürchtete wahrscheinlich, dass dann die vorjahrigen Steuern durch eine Notverordnung des Ständigen Ausschusses ohne wesentliche Aenderung weiter in Kraft gehalten würden und dass Hausbesitzer und Gewerbetreibende um die vorgesehenen Steuerermässigungen kämmen. Jedenfalls ist nach den Beschlüssen vom Freitag der preussische Etat bis zum 31. März 1932 geordnet.

Die Obstruktionsmaschine der verbündeten Rechtsparteien und Kommunisten trat dafür bei dem nachfolgend zur Beratung stehenden Vertrag zwischen Preussen und der Volksbühne wieder prompt in Aktion. In der kurzen voraufgegangenen Debatte hatt Abg. König-Potsdam (Soz.) sowohl Kommunisten wie Deutschnationalen urkundlich nachgewiesen, dass sie, die jetzt über Stillegung der Krolloper jammern, diese im vorigen Jahr ausdrücklich durch besondere Anträge gefordert haben. Auf die Dauer wird auch diese kindische Obstruktion die Verabschiedung des notwendigen Vertrages nicht verhindern.

Der Rest der Sitzung war politisches Kabarett. Beim Etat des Landtages gaber die Kommunisten, namentlich ihr "sachverständiger" Gastwirt Paul Hoffmann, ihre Weisheit über das Landtagsrestaurant zum besten, und das Haus amüsierte sich ausgezeichnet. Beim Etat des Staatrats beschimpfte der kommunistische Abgeordnete Kasper in den stärksten Tönen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Postinspektor Sprenger-Frankfurt a/Main, den er einen Diätenschinder und gemeinen Betrüger nannte. Vielleicht hatte Kasper gedacht, weil zufällig der Nationalsozialist Haake im Saale anwesend war, dass er antworten würde. Aber er hatte sich geirrt; die Nazis schwiegen weiter wie das Grab.

Der Preussische Landtag steht jetzt im Dritten Monat der Etatberatung. Während dieser drei vollen Monate haben die Nationalsozialisten sich Tag für Tag in die Anwesenheitsliste eingetragen, aber an den Debatten und Verhandlungen nicht mit einer Silbe teilgenommen. Die Nationalsozialistische Landtagsfraktion macht Parlamentsstreik, aber nicht etwa den gleichen Parlamentsstreik wie im Reichstag. Sie ist im Landtag anwesend, nur nicht im Sitzungssaal, sondern in der Restauration. Thre gesamte parlamentarische Tätigkeit erschöpft sich seit drei Monaten im Diätenabheben; zur Mitarbeit hat sie noch nicht einen Finger gerührt. Auch die bittersten Vorwürfe Kaspers reichten offenbar nicht hin, um die Nationalsozialisten zu veranlassen, ihre Schweigetaktik zu durchbrechen. Wir müssen den Nationalsozialisten darin recht geben. Wer dochnicht Gescheites sagt, tut am besten, zu schweigen. Weiterberatung Sonnabend.

Deutscher Reichstag

38. Situng tom 6. März 1931.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Frau Dr. Weber (Ztr) bezeichnet die Forderungen der letzten päpstlichen Enzyklika als solche, die nicht nur im ethischen, sondern auch im sozialen Interesse durchgesetzt werden müssten. Das Streben der Kommunisten gehe auf Zersetzung der Familie hin. Auch im Rundfunk, im Film und in der Presse werde der Gedanke der Familie verhöhnt und verspottet. Die Regierung sollte alles tun, um den Familiengedanken zu schützen. Das Zentrum könne es nicht dulden, dass auf der deutschen Bühne die Aufhebung des § 218 propagiert werde. (gr. Lärm b.d. Kommunisten, Frau Blum (Komm) ruft: "Die Proletenfrauen sollen also immer mehr Kinder in die Welt setzen, die Sie verhungern lassen!")

Frau Abg. Dr. Matz (Dt. Volksp.) bedauert die ausserordentliche Zersplitterung im Schulwesen: Es ist auf die Dauer untragbar für die Schule, dass in den Ländernbei wechselnden Regierungen in der Schulpolitik das Ruder dauernd umgeworfen und die Schule zum Spielball der Parteienwird. Der Aufbau des Schulwesens in den Ländern ist heute zu verwickelt. Auch die Deutsche Volkspartei fordere ein Reichsschulgesetz, wenngleich sie auch nicht die Schwierigkeiten, die in dieser Hinsicht zur Zeit bestehen, verkenne. Für Leibesübungen müsse der frühere Betrag wieder bereitgestellt werden.

Abg. v. Hammerstein-Loxten (Dtsch.Hannoveraner) begrüsst die Ausführungen des Ministers gegen die Zentrale der Gottlosen. Das Velbot des Remarque-Filmssei berechtigt, weil in diesem Film tendenziös schreckliche Kriegsgreuel zusammengehäult und adurch der männliche Wehrwille namentlich bei schwachen Gemütern ertötet werde.

Abg. Schlange (Landvolk): Angesichts der leeren Bänke auf der Rechten sind wir hier eine zahlenmässig nur schwache Opposition. Die Sozialdemokraten könnten eigentlich eine Sammlung veranstaltungen zu einem Denkmal für Geheimrat Hugenberg (Sehr gut!). Unser Unglück war es, dass unser Volk währind des Weltkrieges nicht über den furchtbaren Ernst der Lage aufgeklärt wurde. (Sehr wahr!) In einer so schweren Zeit, wie wir sie jetzt haben, kannuns nur eine wirklich zielklare, energische Führung helfen. (Beifall) In einer Zeit, in der das Geutsche Volk so furchtbares durchzumachen hat, sollte man aufhören, fortwährend zu reden von dem Sturz des Systems, wobei man sich garnichts denken kann, wenn man nicht mit Gewalt vorgehen will. Wir brauchen aber auch in unserem Verfassungsleben die organische Weiterentwicklung von Fehlerhaften zum Besseren. Dabei wollen wir, während im Osten fanatisch für den Bolschewismus, im Süden fanatisch für den Fuschismus gearbeitet wird, unsern eigenen deutschen Stil entwickeln. In England sehen wir jetzt dengrossen Kampf zwischen Konservativen und Arbeiterpartei, aber wir erleben dort nicht die Schimpfkanonade, die leider bei uns solche Parteikämpfe begleitet. (lebh.Zustimmungskundgebungen des Abg. v. Kardorff).

Minister Dr. Wirth
hebt gegenüber dem Vorredner hervor, dass er keineswegs über die Gefahr des
Bürgerkriegs leichthin weggegangen sei; aber nach seinen Besprechungen mit den
Innehministern von Preussen, Bayern und Württemberg könne er nur fragen: glaubt
jemand, dass irgendwo in Deutschland eine SA oder ein kommunistischer Trupp
auch nur einen Umsturzversuch machen könnte, ohne dass dieser im Keim er=
stickt würde? Gewiss, wenn Millionen Verzweifelter aufständen, dann wäre die
soziale Revolution vor der Tür. Grosse Parteien haben hier ihre Programme zu=
rückgestellt zugunsten der allgemeinen Notwendigkeit. Freilich wenn die NS
draussen eine wüste Hetze entfesseln, auch gegen einzelne Politiker dieses
Hauses, so sehen wir darin geistige Krise. (Zurufe der Komm...in der Sie sich

Reichstag, Blatt 2.

befinden! - Heiterkeit) Im jetzigen Augenblick geht es nicht um geistige Diskussionen, zu der ich übrigens immer gern bereit bin. Das Reichsgericht hat dieser Tage in einem Urteil festgestellt, dass mindestens Teile der NSDAP derer Ziel durch gewaltsamen Umsturz erreichen wollen. Dagegen gilt es zusammenzustehen. Dann hat der deutsche Staat in diesem Winter keinen Grund zur Besorg= nis (Beifall).

Abg. Dr. Moses (Soz.) verweist auf eine dem Reichstag von ihm vorgelegte Denkschrift über die Gefähr: dung der Volksgesundheit durch die gewaltige Arbeitslosigkeit und ihre Folgen. 5 Millionen Arbeitslose bedeutet 20 Millionen direkt davon Betroffene. In allererster Reihe wird die Volksgesundheit dadurch beeinträchtigt. Direktoren von Kinderkliniken sagen, dass die Misstände bereits in lebhaftester Weise an die ärgste Not der Kriegsjahre erinnern. Verschmutzung und Verlausung, wie in jener Zeit, wird wieder beobachtet. Kinder können nicht gebadet werden weil die Eltern keine Kohle zum Wasserwärmen haben. Es fehlen Kleider und Schuhe. In einzelnen Familien mit mehreren Kindern können diese nur abwechselnd zur Schule gehen, weil nur ein Paar Stiefel vorhanden ist. Kinder werden morgens hungrig ohne Frühstück in die Schule gejagt, ihre Kleider sind zerschliessen, sie haben kein Hemd auf dem Leibe. Die ärztliche Hilfe wird da und dort nicht mehr in Anspruch genommen, weil die Mütter kein Fahrgeld haben. In einzelnen Gegenden wird schon die Besorgnis ausgesprochen, dass wir über kurz oder lang wieder Fälle von Skorbut zu verzeichnen haben werden. Eine schwere Beeinträch= tigung des körperlichen Zustandes, eine sehr bedauerliche Zunahme des Alkoho= lismus sind weitere Folgen. (Hört! Hört!links) Wir sollten alle unsere politi= schen Massnahmen, alle Gesetze und alle Ausschussberatungen immer wieder nach ihren Wirkungen auf die Volksgesundheit beurteilen. Man spricht soviel von der Volksgesundheit, man darf sie aber nicht durch eine unsoziale Politik verkum= mern lassen und das einreissen, was mühsam aufgebaut worden ist.

Unglaublich ist es, wie gewisse reaktionäre Aerzte gegen die Volksauf= klärung arbeiten. In der Dresdner Hygiene-Ausstellung hing ein viel beachtetes Plakat über den Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Einkommen. Sanitätsrat Dr.Kollman hat in der "Deutschen Aerztezeitung" die Verfasser dieses Plakats auf das Schärfste angegriffen und es als die Aufgabe der sozialen Medizin bezeichnet, diese Zusammenhänge zu verwischen! (Lebh.Hört!Hört! links) Das sind Sozialhygieniker, die den Ernst der Lage in Deutschland nicht begreifen und uns mit jenem Gesundheitspass beglücken wollen, der in den Händen der Unter= nehmer eine gefährliche Waffe gegen die Arbeiter sein würde. (Sehr richtig!

links)

Nach den schweren Attacken der Kriegsjahre mit dem Kohlrübenwinter von 1916/17 und der Inflation, hat jetzt die Deutsche Volksgesundheit die dritte, viel gefährlichere Attacke auszuhalten. Die dem Menschen eigene Reservekraft wird schon das dritte Mal beansprucht. Wer willens ist, dieser ernsten Situation Rechnung zu tragen, der muss jetzt vor allem an die Volksgesundheit den ken und wir müssen unsere Massnahmen danach einrichten. (Lebh.Beifall der Soz.)

Abg. Becker-Berlin (Komm.) - das jüngste Mitglied des Hauses - polemi= siert gegen das Verlangen von Kardorffs nach Erhöhung des Wahlalters, das nur der Angst vor der Arbeiterjugend entspreche. In der Sowjetunion bestehe das Wahlrecht vom 18. Jahre an. (Rufe der Soz.: Aber was für eins.) Freilich, die Abramowitsch und Bronstein hätten kein Wahlrecht. Der Redner verliest dann Zeitungsausschnitte usw., um Angriffe gegen Zentrum und Sozialdemokratie wegen angeblichen Eintretens für koloniale Ausbeutung und Arbeitsdienstpflicht in Deutschland zu stützen. Es stellt sich aber heraus, dass es Zitate aus Nicht= zentrumsblättern und aus den "Sozialistischen Monatsheften" sind, für die Sozialdemokratische Partei keinerlei Verantwortung trägt.

Abo. From Bohm-Schuch (Soz.) wird von dem Kommunisten mit beleidigenden

Raichstag, Blatt 3.

4

Aufen empfungen und antwortet ihnen: Ich bin die Mutter eines Kindes, das ungefähr so alt ist, wie der Vorredner. Gerade darum habe ich das weiteste Verständnis für die ungeheure Not der erwereslosen Jugend. Aber nicht kommunistische Phantasiegevilde können helfen, und nicht der Weg in ein Dunkel, das ebenso gross ist, wie bei den Faschisten auf der rechten Seite. Leider ist es ja so, dass kommunistische Unternehausgen die Grundlage für die faschistische Entwicklung geliefert haben. (Lärmende Zurufe der Komm.)

In dem Verbot des Remarque-Films erblicken wir einen Teil der Kultur= reaktion. Die Rechtslage ist allerdings so, dass weder die Reichsregierung noch der Reichstag das Verbot aufheben können. Eben deshalb beantragen wir eine Aenderung des Gesetzes. Neben der Missbilligung des Verbots fordert un= ser Antrag, dass verbotene Filme vor geschlossenen Personenkreisen ungehih= dert vorgeführt werden können. Wir sehen in dem Remarque-Film die augenblick= lich stärkste Antikriegs- und Friedenspropaganda. Und gerade sie muss ins Volk dringen. Das Verbot ist eine politische Entscheidung, die das Lichtspielge= setz ausdrücklich untersagt. Das Verbot ist unter dem Druck eines Strassenter= rorismus erlassen worden, der die wahrheitsgemässe Darstellung des Krieges unterdrecken wollte. Dabei kann selbst die naturgetreueste Darstellung nur ein schwacher Abklatsch der grausigen Wahrheit des Krieges sein. (Lebh. Zu= stimmung links) Wenn hier ein Redner von Müttern gesprochen hat, die anders über den Krieg denken sollen, so können das nur Ausnahmen sein. (Sehr wahr links) Es ist das schwerste Unrecht gegen die Mütter, ihnen nachzusagen, dass sie nicht alles tun wollten, um einen neuen Krieg zu verhindern.
Die Abgabe politischer Gutachten zur Filmprüfung müsste unterbleiben.

Man hatte der Herstellerfirma eine neue Prüfung angeboten, wenn sie sich zu Aenderungen bereit erklärte. Das hat sie abgelehnt. Ob die Firma früher mit antideutschen Filmen Geschäfte gemacht hatte oder nicht, weiss ich nicht. Aber zu diesem Thema verweise ich auf den Brief eines katholischen Geistlichen, der den Film gesehen hat, und der u.a.erwähnt, wie die deutschen Truppen aus Krupp-Kanonen beschossen wurden, und wie Deutschland für die Schutzschilde 117 Mark abgenommen wurden, die man dem Ausland für 68 Mark geliefert hat usw. (Hört!Hört! links) Während dieser Film dem Volk vorenthalten wird, können die kriegstreiberischen Ufa-Produktionen ungehindert wirken. Als schönstes Weihe nachtsgeschenk war in "nationalen" Blättern ein solcher Kriegsfilm für die Jugend angepriesen. (Hört!Hört! und Entrüstungsrufe links). Nicht so wollen wir ünsere Jugend erzogen wissen, sondern zum Frieden und zur Kriegsbekämpfung, das sind wir der Ehre unserer Gefallenen schuldig, Ihr Tod soll uns eine mahe pende Warnung sein. Nehmen Sie unsere Ar räge an! (Lebh.Beifall der Soz.)

Abg.Schlack (Z.) schildert den schlechten Ernährungszustand der Arbeiterschaft und weist die beim Ernährungsetat gehaltene Mede des Wirtschaftsparteislers Schneidewind zurück. Da Schneidewind behauptet hatte, bei ihm in Köln koste ein Pfund gutes Ochsenfett 30 Pf., und da Köln sonst als eine der teusersten Städte bekannt ist, habe ich telegrafisch angefragt und folgende Antswort bekommen: "Bei Schneidewind kostet ein Pfund Schweinefett 60 Pf. stop (Heiterkeit), ein Pfund Blutwurst, billigste, 60 Pf. (Grosse Heiterkeit und Rufe: "Stop"), ein Pfund Leberwurst 60 Pfg, ein Pfund Suppenfleisch mit Knoschen 100 Pf., alles geringe Cualität." (Grosse Heiterkeit) Herr Schneidewind ist übrigens seit 1925 Mitglied des Konsumvereins "Eintracht" in Köln unter Nr. 81407 (Grosse Heiterkeit) und hat dort 5 oco Mark Spargeld eingezahlt. (Stürmische Heiterkeit, da Schneidewind auch scharf gegen die Konsumvereinegeredet hatte.) Herr Schneidewind, ich rate Ihnen, in Zukunft bei der Wahrheit zu bleiben.

Abg. Gellert (Soz.) verweist auf den grossen Umfung der Volkskrunkheiten, pennt die gewaltigen Zahlen der Anstaltsinsassen und erweist unter Berufung auf ärztliche Autoritäten den grossen Wert der Körperpflege und der Leibesübun=

gen für die Volksgesundheit und besonders für die Stärkung und Ertüchtig ng der Jugend. Darin sowohl wie in sanitärer Hinsicht hat die Arbeitersportbes wegung die grösste Bedeutung. So hat der Arbeiterwasserrettungsdienst im verflossenen Jahr bei 129 ooo Wachtstunden 1 180 Lebensrettungen davon 1 076 mit Erfolg in Angriff genommen. Bei den Hochwasserschäden an Rhein, Elbe und Oder hat die Arbeitersportbewegung viel Rettungsarbeit geleistet. Dazu kommen die Leistungen an neuen Plätzen, Jugendheimen und Unterkünften, welche Einsrichtungen einen Gesamtwert von über 40 Millionen Mark haben, wovon aber nur 6% aus öffentlichen Mitteln stammen und über 31% durch freiwillige unbezahlte Arbeit der Mitglieder geschaffen wurde. Die Erhaltung dieser Einrichtungen kostet jährlich 2 1/2 Millionen, davon 15% Steuern und Abgaben (Hört!Hört! links) Durch die Wirtschaftskrise ist diese umfangreiche Tätigkeit stark beschoht. Noch immer gibt es Behörden, die sich Schikanen gegen unsere Bewegung erlauben. Das Arbeitsamt in Coburg und danach auch das Landesarbeitsamt haben z.B. die unbezahlte freiwillige Arbeit unserer arbeitslosen Mitglieder für die Vereinseinrichtungen untersagt. (Hört! Hört! links.)

Die vom interfraktionallen Reichstagsausschuss für Leibesübungen beschlos= sene Erhöhung der Reichsbeihilfe ist von der Regierung wieder auf 750 oco Mark gekürzt worden. Wir beantragen Erhöhung und werden auch einen Deckungs=

antrag einbringen.

Die sportlichen Wettkämpfe, freilich nicht die unsinnigen Sechstageren=
nen und die Rekordjagd, müssen mehr als bisher unterstützt werden. Während wir
für die erste Arbeiterolympiade in Frankfurt/Main 1925 nur 21 000 Mark vom
Reichsinneministerium erhalten haben, wurden für die internationalen Kampf=
spiele in Amsterdam 450 000 Mark zur Verfügung gestellt. Für die neuen Kampf=
spiele in Los Angeles sollen 50 000 Mark gegeben werden. Für die ArbeiterOlympiade in Wien aber nur 18 000 Mark, dazu 10 000 aus dem nächstjährigen
Etat! Das kleine Finnland stellt für die Arbeiter-Olympiade 300 000 finnische
Mark zur Verfügung. Da müsste Deutschland doch mehr tun! (Sehr wahr!links)

Kommunistische Anträge verlangen noch höhere Reichsbeihilfen. Da der Kommunist Nitschke einmal erklärt hat, die Annahme von Regierungsgeldern fühere unbedingt zur Versumpfung, wollen wir Sie (zu den Kom.) davor bewahren!

(Sehr gut! bei den Soz.- Wutschreie der Kom.)

Wenn Herr Schlange der Jugend nachgesagt hat, dass sie keinen Idealise mus habe, so weise ich auf die vielfache Anerkennung auch bürgerlicher Beobache ter für unser grosses Fest in Nürnberg hin. 13 ooo Festteilnehmer besuchten damals das Dürer-Museum, während 8 Tage darauf beim Hitlertag nicht einmal' 100 Hakenkreuzler das Bedürfnis hatten, sich alte deutsche Kultur anzusehen. Wenn die Arbeiterjugend singt "Mit uns zieht die neue Zeit", so marschiert mit ihr die Kraft und der Wille, zu einer besseren Zeit zu kommen. (Lebh. "Beifall links)

Abg. Schneidewind (WiP): Ich habe nicht gesat, dass es bei mir so billige Wurst gibt. Mein Sparguthaben bei der "Eintracht" ist durch die Inflation aufsgezehrt worden. Der "Eintracht" bin ich nur beigetreten, um zu kontrollieren, wie die Genossenschaft des Herrn Schlack am Mittelstand verdient. Ich habe dadurch auch wertvolles Material über Ihre Geschäftspraktiken erlangt.

Abg. Schlack (Z.): Das alles wird sich eben so als unwahr erweisen, wie die vorigen Reden desselben Herrn.

Vor der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag erklärt Abg. Döbrich (Landvolk), seine Freunde hätten wiederholt ihr Misstrauen gegen Dr. Wirth bekundet, aber bei den jetzigen Anwesenheitsverhältnissen wäre ein eigener Misstrauensantrag eine wertlose Demonstration und dem aus ganz anderen Motiven eingebrachten kommunistischen Misstrauensantrag könne das Landwolk nicht zustimmen. In namentlicher Abstimmung wird der Misstrauensantrag mit 271 gegen 66 Stimmen bei 38 Stimmenthaltungen von Wirtschaftspartei und

Reichstag, Blatt 5.

andvolk abgelehnt.

Die von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschliessung auf Urlaubs= entziehung für die Beamten-Abgeordneten, die dem Reichstag fernbleiben, wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Polizeikostenzuschüsse für Thüringen und Braunschweig wird in namentlicher Abstimmung mit 308 gegen 64 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Erklärungen des Innenministers gegen die Freidenkerbewegung
missbilligte. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird eine
Entschliessung angenommen, die eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat
und Kirche, Kirche und Schule verlangt. Die von den Kommunisten dazu gegebenen
Richtlinien werden abgelehnt. Abgelehnt wird die Ausschuss-Entschliessung auf
Einführung eines neunten Schuljahres. Angenommen wird der Zentrumsantrag auf
Wiederbewilligung von 100 000 Mark für die Hochschule für Politik. Zum Verbot des Remarque-Films wird in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die
kommunistischen Stimmen ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der die sofortige Aufhebung des Remarque-Filmverbots verlangt.

Angenommen wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Staatspartei der sozialdemokratische Antrag: "Der Reichstag hält das Versbot des Films "Im Westen nichts Neues" sachlich für nicht begründet. Er erswartet von der Reichsregierung, dass diese alle Vorbereitungen trifft, um die Prüfung des Bildstreifen zu beschleunigen, wenn dieser durch den Hersteller

erneut vorgelegt wird."

7

Der Gesetzentwurf gegen den Waffenmissbrauch wird dem Rechtsausschuss überwiesen. Angenommen werden volksparteiliche Anträge auf Vorlegung eines Reichsangehörigkeitsgesetzes und einer Kodifikation des internationalen Rechts. Mit der von den Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Mehrheit wird eine Entschliessung angenommen, die die Aufhebung des im Jahre 1920 erlassenen Streikverbots in lebenswichtigen Betrieben verlangt. Mit derselben Mehrheit werden volksparteiliche Anträge abgelehnt, die den Kampf gegen die Internationale der Gottlosen und durch eine Lichtspielgesetznovelle einen grösseren Schutz der nationalen Würde fordern.

(Die Sitzung dauert bei Redaktionsschluss an.)

hier die Regierung eingreifen muss, um eine Weizenkatastrophe zu verhüten, verteht sich von selbst. Mit den gegenwärtig überhöhten Weizenpreis ist der Landgirtschaft auch nicht gedient, weil der grösste Teil der Landwirtschaft ja ihren Weizen bereits verkauft hat und so an den übersteigerten Preisen absolut
nicht profitiert. Der lachende Dritte dürfte der Handel sein.

Von der festeren Tendenz auf den Rohstoffmarkten ist auch die Baumwolle ergriffen worden. Hier ist die Aufwärtsbewegung sogar am stetigsten und mit am grössten, obwohl gerade der Verbrauch von Spinnstoffen in allen Ländern ausgesprochen schlecht geblieben ist. Allerdings soll sich in Amerika das Warengeschäft etwas belebt haben, was immerhin anregte. Die vorher scharf gefallene Wolle vermochte sich ebenfalls um eine Kleinigkeit zu erholen, ohne dass sich der Markt besonders belebt hätte.

Sehr grosse Beachtung fand auch in den letzten Wochen der Zuckermarkt, doch weniger infolge besonders grossen Geschäfts als infolge der anhaltenden Erörterungen über das internationale Kartell, den sogenannten Chadbourne-Plan. Die kubanische Regierung hat die notwendigsten Verordnungen für die Durch führung des Planes erlassen und in Java hat sich eine Gesellschaft gebildet, die mit der Regierung die Anbau- und Ausfuhreinschränkungen vereinbaren soll. Auch in den drei beteiligten europäischen Ländern, Deutschland, Polen und Tschechoslowakei, liegen die Verträge fertig. Trotzdem ist man sich über die Zukunft des Planes noch keineswegs im klaren. Einmal sind auf dem Zuckermarkt die Russen in der letzten Zeit stark als Verkäufer aufgetreten, was stört, und des anderen scheint eine Reihe kleinerer Erzeuger, so die Ungarn und die Franzosen und teilweise die Produktion auf den westindischen Inseln, Neigung zu haben, künstliche Preissteigerungen am Weltmarkt durch Ausdehnung ihrer Ausfuhr auszunutzen.

Die Verwirrung am Kaffeemarkt hat angehalten. Man weiss immer noch nicht, ob oder was die brasilianische Bundesregierung tun wird. Der Bedarf der grossen Verbrauchsländer andererseits ist trotz der gefallenen Preise nur ganz unwesentlich gestiegen, eine Folge der Wirtschaftskrise. Auch der Teemarkt ist in der letzten Zeit wieder sehr schwsch geworden. Das hängt wohl damit zusammen, dass die vereinbarten Pflückeinschränkungen von den Eingeborenen in Holländisch Ostindien nicht eingehalten worden sind. Aus ähnlichen Gründen liegt auch Gummi gedrückt.

Die bessere Situation auf den Rohstoffmärkten ist nicht zu verkennen. Das drückt sich auch in den Preisindices aus. Vorzugsweise handelt es sich nur um eine günstigere Auffassung und diese günstigere Auffassung stützt sich auf das Börsengeschäft und nicht, was nur ausschlaggebend sein kann, auf einen gesteigerten Bedarf. Eine Besserung auf den Rohstoffmärkten wird mit zu einer Liquidation der Weltkrise führen. Voraussetzung ist, dass man Bedarf schafft. Dazu gehört in erster Linie, dass man Schlussmit der Lohnabbaupolitik macht. Denn Lohnabbau heisst jetzt mehr als jemals Zerstörung des Bedarfs und Vernichtung von Hoffnungen auf Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

SPD. Von den ostelbischen Braunkohlenkonzernen, die sich gegenüber der Preissenkungsaktion der Regierung ebenso widerspenstig gezeigt haben wie die Eisenherren an der Ruhr, legt jetzt das mächtigste Unternehmen, die Ilse-Bergbau A.G. ihren Abschluss für 1930 vor.

Von einem "Krisen"-Abschluss bei dem Ilsekonzern kann keine Rede sein. Zwar ist die Rohkohlenförderung von 12,3 auf 9,3 Millionen Tonnen und die Brikettproduktion von 3,4 auf 2,6 Millionen Tonnen gesunken, doch wirkt sich diese Verringerung der Produktion bei den Gewinnziffern in keiner Weise aus. Die Rationalisierungsgewinne durch Selbstkostensenkung und Mehrleistungen der Belegschaft sind also bei diesem Konzern derart gross, dass sie die empfindlichen Absatzverluste im vergangenen Krisenjahr vollauf ausgleichen konnten. Dies

zeigt sich deutlich darin, dass zwar der Rohertrag de on 23,1 auf rund 20 Millionen Mark zurückgegangen ist, infolge gedrosselter Unkosten, verminderter Steuern und Schaftsabbau!) mit 7,36 Millionen sich fast auf der Höhe d jahres 1929 hält. So fällt es dem Ilse-Konzern auch Teich wieder die gleich hohe Dividende von 10 % auszuzahlen.

Trotz der schlechten Zeiten konnte die Kapitalbildung, über deren on lichkeit die Unternehmer seit Jahr und Tag ein grosses Lamento anstimmen, bei der Ilse im letzten Jahr noch weiter forciert werden. Seit dem Jahre 1925 hat dieses Unternehmen weit mehr als 40 Millionen Mark neu in seine Anlagen gesteckt, ohne dass die Gesellschaft es nötig gehabt hätte, sich durch Kapitalerhöhung oder Anleihen die hierzu notwendigen Mittel zu verschaffen. Sie hat infolge ihrer Glanzgewinne diese ungeheure Summe ausschliesslich aus den laufenden Betriebsgewinnen aufbringen können.

SPD. Die letzten Sitzungen des Roggenuntersuchungsausschusses im Reichstag standen weiter im Zeichen des Kampfes, den einzelne Interessentengruppen gegen die halböffentliche Getreidefirma, die Getreide=Industr=e und Commission A.G. (G.I.C.) führen. So wurde versucht, der G.I.C. einen Strick daraus zu drehen, dass die kürzlich erfolgte Heraufsetzung des Roggenzolls durch die Einfuhr grösserer Partien Auslandsroggen (Russenroggen), die vorwiegend durch die G.I.C. importiert worlen seien, verursacht sei. Demgegenüber wurde von einem Vertreter der G.I.C. erklärt, dass sie nicht an diesem Russengeschäft beteisligt sei, wohl aber eine private Getreidefirma, nämlich der kampfmeyerkonzern. Lediglich von der Düsseldorfer Filiale der G.I.C. sind geringere Mengen Roggen eingeführt worden, die für die Pumpernickel=Herstellung benötigt werden.

Von einem Rostocker Getreideexporteur wurde der Vorwurf erhoben, dass die G.I.C. den Ruf des guten deutschen Roggens im Ausland in Misskredit gebracht hätte, weil die von ihr mit Genehmigung der deutsch=polnischen Kommission ausgeführten Roggenmengen stets unter der Bezeichnung "deutsch=polnischer Rog= gen" angeboten worden sei. Ausserdem wären die Abladungen von derartig schlech= ter Qualität gewesen, dass die Ausländer sich vom deutsch-polnischen Roggen abgewandt hätten und zum Einkauf russischen Roggens übergegangen seien. Der Sach= verständige musste sich aber sagen lassen, dass die Preise, die er als Beweis= material für die angeblich der deutschen Wirtschaft entstandenen Verluste an= gegeben hatte, falsch sind, da während der Tätigkeit der deutsch=polnischen Kommission das Preisniveau des Roggens bereits tiefer lag. Ausserdem sei es im allgemeinen handelsüblich gewesen, schon vor Bestehen der deutsch=polnischen Kommission Roggen unter der Bezeichnung "deutsch=polnischer" zu verkaufen. Durch die Tätigkeit der Kommission sei es gelungen, dass die einheitliche Marke "deutsch=polnischer Roggen" gegenüber dem wichtigsten Konkurrenten, Russland, Ueberpreise erzielen konnte, womit der Vorwurf, dass die Exporte, die von der G.I.C. getätigt worden sind, eine schlechtere Qualität hatten als der russi= sche Roggen, hinfällig wird.

SPD. In der Kohlenwirtschaft schweben heftige Auseinandersetzungen über das Inkraftreten der Sommerrabatte, die eine Art Preisermässigung darstellen. Während die Rheinische Braunkohle z.B. die Rabatte bereits am l.April ein= führen will, versucht man in Mitteldeutschland und Ostelbien den Termin bis zum l.Mai hinauszuschieben. Die Kohlenhändler stehen natürlich vor einer un= klaren Situation und halten mit dem Einkauf zurück. Dadurch wird der Ankur= belung der Wirtschaft wenig gedient.

hier die Regierung eingreifen muss, um eine Weizenkatastrophe zu verhüten, verteht sich von selbst. Mit den gegenwärtig überhöhten Weizenpreis ist der Landgirtschaft auch nicht gedient, weil der grösste Teil der Landwirtschaft ja ihgen Weizen bereits verkauft hat und so an den übersteigerten Preisen absolut
nicht profitiert. Der lachende Dritte dürfte der Handel sein.

von der festeren Tendenz auf den Rohstoffmarkten ist auch die Baumwolle ergriffen worden. Hier ist die Aufwärtsbewegung sogar am statigsten und mit am grössten, obwohl gerade der Verbrauch von Spinnstoffen in allen Ländern ausgesprochen schlecht geblieben ist. Allerdings soll sich in Amerika das Warengeschäft etwas belebt haben, was immerhin anregte. Die vorher scharf gefallene Wolle vermochte sich ebenfalls um eine Kleinigkeit zu erholen, ohne dass sich der Markt besonders belebt hätte.

Sehr grosse Beachtung fand auch in den letzten Wochen der Zuckermarkt, doch weniger infolge besonders grossen Geschäfts als infolge der anhaltenden Erörterungen über das internationale Kartell, den sogenannten Chadbourne-Plan. Die kubanische Regierung hat die notwendigsten Verordnungen für die Durch führung des Planes erlassen und in Java hat sich eine Gesellschaft gebildet, die mit der Regierung die Anbau- und Ausfuhreinschränkungen vereinbaren soll. Auch in den drei beteiligten europäischen Ländern, Deutschland, Polen und Tschechoslowakei, liegen die Verträge fertig. Trotzdem ist man sich über die Zukunft des Planes noch keineswegs im klaren. Einmal sind auf dem Zuckermarkt die Russen in der letzten Zeit stark als Verkäufer aufgetreten, was stört, und des anderen scheint eine Reihe kleinerer Erzeuger, so die Ungarn und die Franzosen und teilweise die Produktion auf den westindischen Inseln, Neigung zu haben, künstliche Preissteigerungen am Weltmarkt durch Ausdehnung ihrer Ausfuhr auszunutzen.

Die Verwirrung am Kaffermarkt hat angehalten. Man weiss immer noch nicht, ob oder was die brasilianische Bundesregierung tun wird. Der Bedarf der grossen Verbrauchsländer andererseits ist trotz der gefallenen Preise nur ganz unwesentlich gestiegen, eine Folge der Wirtschaftskrise. Auch der Teemarkt ist in der letzten Zeit wieder sehr schwsch geworden. Das hängt wohl damit zusammen, dass die vereinbarten Pflückeinschränkungen von den Eingeborenen in Holländisch Ostindien nicht eingehalten worden sind. Aus ähnlichen Gründen liegt auch Gummi gedrückt.

Die bessere Situation auf den Rohstoffmärkten ist nicht zu verkennen. Das drückt sich auch in den Preisindices aus. Vorzugsweise handelt es sich nur um eine günstigere Auffassung und diese günstigere Auffassung stützt sich auf das Börsengeschäft und nicht, was nur ausschlaggebend sein kann, auf einen gesteigerten Bedarf. Eine Besserung auf den Rohstoffmärkten wird mit zu einer Liquidation der Weltkrise führen. Voraussetzung ist, dass man Bedarf schafft. Dazu gehort in erster Linie, dass man Schlussmit der Lohnabbaupolitik macht. Denn Lohnabbau heisst jetzt mehr als jemals Zerstörung des Bedarfs und Vernichtung von Hoffnungen auf Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

SPD. Von den ostelbischen Braunkohlenkonzernen, die sich gegenüber der Preissenkungsaktion der Regierung ebenso widerspenstig gezeigt haben wie die Eisenherren an der Ruhr, legt jetzt das mächtigste Unternehmen, die Ilse-Bergbau A.G. ihren Abschluss für 1930 vor.

Von einem "Krisen"-Abschluss bei dem Ilsekonzern kann keine Rede sein. Zwar ist die Rohkohlenförderung von 12,3 auf 9,3 Millionen Tonnen und die Brikettproduktion von 3,4 auf 2,6 Millionen Tonnen gesunken, doch wirkt sich diese Verringerung der Produktion bei den Gewinnziffern in keiner Weise aus. Die Rationalisierungsgewinne durch Selbstkostensenkung und Mehrleistungen der Belegschaft sind also bei diesem Konzern derart gross, dass sie die empfindlichen Absatzverluste im vergangenen Krisenjahr vollauf ausgleichen konnten. Dies

zeigt sich deutlich darin, dass zwar der Rohertrag de von 23,1 auf rund 20 Millionen Mark zurückgegangen ist, infolge gedrosselter Unkosten, verminderter Steuern und Sschaftsabbau!) mit 7,36 Millionen sich fast auf der Höhe djahres 1929 hält. So fällt es dem Ilse-Konzern auch leich wieder die gleich hohe Dividende von 10 % auszuzahlen.

wieder die gleich hohe Dividende von 10 % auszuzahlen.

Trotz der schlechten Zeiten konnte die Kapitalbildung, über deren om lichkeit die Unternehmer seit Jahr und Tag ein grosses Lamento anstimmen, bei der Ilse im letzten Jahr noch weiter forciert werden. Seit dem Jahre 1925 hat dieses Unternehmen weit mehr als 40 Millionen Mark neu in seine Anlagen gesteckt, ohne dass die Gesellschaft es nötig gehabt hätte, sich durch Kapitalerhöhung oder Anleihen die hierzu notwendigen Mittel zu verschaffen. Sie hat infolge ihrer Glanzgewinne diese ungeheure Summe ausschliesslich aus den laufenden Betriebsgewinnen aufbringen können.

SPD. Die letzten Sitzungen des Roggenuntersuchungsausschusses im Reichsetag standen weiter im Zeichen des Kampfes, den einzelne Interessentengruppen gegen die halböffentliche Getreidefirma, die Getreide=Industr=e und Commission A.G. (G.I.C.) führen. So wurde versucht, der G.I.C. einen Strick daraus zu drehen, dass die kürzlich erfolgte Heraufsetzung des Roggenzolls durch die Einfuhr grösserer Partien Auslandsroggen (Russenroggen), die vorwiegend durch die G.I.C. importiert worlen seien, verursacht sei. Demgegenüber wurde von einem Vertreter der G.I.C. erklärt, dass sie nicht an diesem Russengeschäft beteieligt sei, wohl aber eine private Getreidefirma, nämlich der kampfmeyerkonzern. Lediglich von der Düsseldorfer Filiale der G.I.C. sind geringere Mengen Roggen eingeführt worden, die für die Pumpernickel=Herstellung benötigt werden.

Von einem Rostocker Getreideexporteur wurde der Vorwurf erhoben, dass die G.I.C. den Ruf des guten deutschen Roggens im Ausland in Misskredit gebracht hätte, weil die von ihr mit Genehmigung der deutsch=polnischen Kommission ausgeführten Roggenmengen stets unter der Bezeichnung "deutsch=polnischer Rog= gen" angeboten worden sei. Ausserdem wären die Abladungen von derartig schlech= ter Qualität gewesen, dass die Ausländer sich vom deutsch-polnischen Roggen abgewandt hätten und zum Einkauf russischen Roggens übergegangen seien. Der Sachverständige musste sich aber sagen lassen, dass die Preise, die er als Beweis= material für die angeblich der deutschen Wirtschaft entstandenen Verluste an= gegeben hatte, falsch sind, da während der Tätigkeit der deutsch=polnischen Kommission das Preisniveau des Roggens bereits tiefer lag. Ausserdem sei es im allgemeinen handelsüblich gewesen, schon vor Bestehen der deutsch=polnischen Kommission Roggen unter der Bezeichnung "deutsch=polnischer" zu verkaufen. Durch die Tätigkeit der Kommission sei es gelungen, dass die einheitliche Marke "deutsch=polnischer Roggen" gegenüber dem wichtigsten Konkurrenten, Russland; Ueberpreise erzielen konnte, womit der Vorwurf, dass die Exporte, die von der G.I.C. getätigt worden sind, ine schlechtere Qualität hatten als der russi= sche Roggen, hinfällig wird.

SPD. In der Kohlenwirtschaft schweben heftige Auseinandersetzungen über das Inkraftreten der Sommerrabatte, die eine Art Preisermässigung darstellen. Während die Rheinische Braunkohle z.B. die Rabatte bereits am 1.April ein= führen will, versucht man in Mitteldeutschland und Ostelbien den Termin bis zum 1.Mai hinauszuschieben. Die Kohlenhändler stehen natürlich vor einer un= klaren Situation und halten mit dem Einkauf zurück. Dadurch wird der Ankur= belung der Wirtschaft wenig gedient.

read, and lies Konzern augustern aug